



Editorial

Liebe Xhainer*innen,

das Chaos der Wahl 2021 hat es notwendig gemacht: Das Rennen um das Rote Rathaus ist noch einmal neu eröffnet. Und wieder kämpfen wir um jede Stimme, denn die vergangenen eineinhalb Jahre haben erneut gezeigt, dass mit anderen an der Spitze nur verschleppt, getrickst und herumlaviert wird. Der Hitzesommer 2022 hat uns einmal mehr spüren lassen: Für solche Spielchen ist nicht die Zeit. Auf den folgenden Seiten findet Ihr viele Ideen und Pläne, wie Klimaschutz konsequent umgesetzt werden kann. Für das Land Berlin wie auch für den Bezirk. Auf einer Doppelseite wird anschaulich, was im Bezirk für die Mobilitätswende bereits erreicht wurde. Außerdem geht es um faire Mieten, Cannabis und den Kampf gegen die A 100. Alle Kandidierenden der Direktmandate für das Abgeordnetenhaus stellen ihre Ziele vor. Und wir erinnern an Hans-Christian Ströbele. Unsere dringliche Bitte für den 12. Februar: geht wählen! Damit die Rechten keine Chance haben.

Eure Redaktion



Bettina Jarasch (links) und Clara Herrmann Ende Dezember 2022 im Kreuzberger Igelbau

Foto: Urban Ruths

Inhalt

Wiederholungswahl	Seite 2
Wahlrecht	2
Bilanz Bezirk	3
Wohnungstausch	3
Sozialpolitik	3
Verkehrswende	4 + 5
Wohnungspolitik	6
Familie und Bildung	7
Die grüne Handschrift	8
Schwammstadt	8
O-Platz	8
Kotti-Wache	8
Verkehrswende	9
Hochhausbau	9
Deutschkurse	9
Innenpolitik	10
Klimaproteste	10
Kolumne	10
Impressum	10
Stadtentwicklung	11
Karstadt Herrmannplatz	11
A100	11
Graefekiez	12
Cannabis	12
Straße für Regina Jonas	12
Finanzpolitik	13
Erfahrungen aus dem AGH	13
Straßen(um)benennungen	13
In Memoriam HCS	14 + 15
BVV-Fraktion	16
Service	16

Aufbruch ins Grüne Rathaus

Die Wiederholungswahl macht es möglich: Die Chancen für grüne Erneuerung und konsequenten Klimaschutz sind da. Ein Gespräch mit unserer Kandidatin für das Amt der Regierenden Bürgermeisterin, Bettina Jarasch, derzeit Senatorin für Umwelt, Mobilität und Klima- und Verbraucherschutz, und der Grünen Bezirksbürgermeisterin in Friedrichshain-Kreuzberg Clara Herrmann.

Stachel: Sollten die Wähler*innen es so wollen: Wo seht Ihr als Bürgermeisterinnen – regierend im Land Berlin und im Bezirk – die drängendsten Herausforderungen?

Bettina Jarasch: Das Wichtigste ist, das Fundament einer funktionierenden Stadt zu schaffen. Das klingt jetzt nicht besonders sexy, aber das betrifft unser aller Alltag. Wir müssen die Modernisierung der Verwaltung endlich hinbekommen, damit Bürgeramtstermine verfügbar sind und Wahlen funktionieren. 21 Jahre lang ist mit SPD-Führung im Roten Rathaus viel geredet worden. Die Rezepte liegen auf dem Tisch und sind nicht angepackt worden. Deshalb ist es Zeit für einen Wechsel. Das erfordert Zähigkeit und Geduld, denn man muss in die Prozesse rein und das geht nur gemeinsam, mit dem Land und den Bezirken. Zuständigkeiten müssen geklärt werden, damit das Behörden-Ping-Pong ein Ende hat. Das ist ein langwieriger Prozess, den möchte ich aber endlich starten. Das muss aus dem Roten Rathaus gesteuert werden und wäre bei mir Chefinnen-Sache!

Clara Herrmann: Es betrifft Land wie auch uns Bezirke und das Behörden-Ping-Pong endlich zu beenden geht wie du sagst nur gemeinsam und auf Augenhöhe. Ich habe zu viele Alibi-Reformen erlebt, weil irgendwas vorgewiesen werden musste aufgrund von politischem Druck. Und die haben im besten Falle gar nichts verändert,

im schlimmsten aber die Dinge sogar verschlechtert. Wir brauchen eine starke kommunale Ebene vor Ort. Berlin besteht aus zwölf unterschiedlichen Großstädten, den Bezirken. Das heißt aber auch: Ich hänge nicht an jeder Aufgabe. Wenn es zentraler besser organisiert werden kann, warum nicht. Ich weiß aber auch: Wären wir zuständig, hätten wir bei uns in Xhain für die Verkehrssicherheit mehr Blitzer, sicherlich vor jeder Schule. Bei einigem wünsche ich mir eine stärkere zentrale Landesverantwortung, anderes macht auf Bezirksebene mehr Sinn. Speziell beim Thema Digitalisierung wünsche ich mir mehr gesamtstädtische Verantwortung. Hier leben wir leider noch hinterm Mond.

Und wenn diese Voraussetzungen geschaffen sind, wenn das Fundament da ist: Was an Veränderung würdest Du, Bettina, ganz nach oben auf die Liste setzen?

Bettina: Berlin ist eine Stadt im ständigen Wandel. Uns Grüne braucht es, damit Berlin als Weltmetropole klimaneutral wird und auch im Klimawandel noch lebenswert bleibt. Das bedeutet, wir fassen fast jede Straße in den nächsten Jahren an. Wir müssen nicht nur Flächen neu verteilen, für andere Verkehrsarten, für Radwege, für Busspuren, wir müssen mehr entsiegeln, wir müssen mehr Grün schaffen. Dabei müssen wir immer im Auge behalten, dass das Leben der Menschen im Alltag funk-

tionieren muss. Wir wollen ja auch die Zustimmung für die Veränderung. Wir wollen, dass die Menschen sehen, welchen Mehrwert diese Transformation für sie hat. Oft gibt es zu Beginn viel Widerstand, am Ende aber große Zustimmung und niemand will zu dem Zustand von Vorher zurück.

Wie erreicht man diese Zustimmung konkret? Wie wollt Ihr diejenigen, die unsere Überzeugungen nicht teilen, mitnehmen?

Bettina: Ich glaube, viele Gegensätze sind auch konstruiert. Beispiel Auto: Viele wollen auf ihr Auto verzichten, es fehlen ihnen aber noch die Anschlussmöglichkeiten, wenn sie am Stadtrand wohnen. Ihnen fehlt der dichte Takt, ihnen fehlt der Transport für die letzte Meile. Aber ich kenne wirklich wenige, die aus Prinzip im Auto sitzen bleiben und sich weigern, auszustiegen (lacht). Uns geht es bei der Mobilitätswende um übergeordnete Ziele, wie Verkehrssicherheit, gute Luft, Klimaschutz. Ich erlebe, dass all das auf Zustimmung stößt, auch in Kreisen, die uns – noch – nicht wählen.

Wie hast Du Dein erstes Jahr als Bezirksbürgermeisterin erlebt, Clara? Wo siehst Du die größten Aufgaben für die Zukunft?

Clara: Wir hatten in diesem Jahr vor allem auch Krisen zu managen, die nicht vorhersehbar waren. Ausge-

löst durch den furchtbaren Angriffskrieg Putins auf die Ukraine stehen wir vor Fragen der Energieabhängigkeit von fossilen Energien, die damit auch zugleich Frage des versäumten Klimaschutzes ist. Beim Klimaschutz brauchen wir mehr Tempo. Das geht über das Thema Verkehrswende hinaus: Begrünung, Entsiegelung, Regenwasser-Management, Wärmewende, Solar auf die Dächer usw. Da müssen wir noch viel mehr tun und schneller werden. Das zweite große Thema ist für mich, den öffentlichen Raum so zu gestalten, dass er für alle Menschen wirklich Platz bietet. Konkret: Kinder, die unbeschwert spielen können, ältere Menschen die mit Rollator ohne Hüdenlauf zum Supermarkt kommen und auch die, denen es in unserer Gesellschaft nicht so gut geht.

Stichwort mehr Tempo: Wie kriegen wir das hin? Denn es steht wohl außer Frage: Wir müssen beschleunigen.

Bettina: Die Energiekrise hat deutlich gemacht: Die Energiewende, für die wir uns ja seit jeher einsetzen, ist auch eine soziale Frage. Nicht nur im Sinne der Gerechtigkeit als Frage der sozialen Ausbalancierung. Sondern: Wenn wir die Energiewende schaffen, dann sind unsere Heizkosten nicht mehr von Putin und anderen Despoten abhängig.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung Interview mit Bettina Jarasch und Clara Herrmann von Seite 1

Bettina: Die hohen Nebenkosten sind die Folge der Energiepolitik von SPD und CDU, die jahrelang die Energiewende ausgebremst und unsere Abhängigkeit vom Import fossiler Energien erhöht haben. Insofern ist die Energiewende noch einmal stärker zur sozialen Frage geworden, weshalb wir einen ökosozialen Weg aus der Krise brauchen. Also Solar auf den Dächern und auch Windkraftanlagen, wo es möglich ist. Wir müssen alle Erneuerbaren Energien nutzen, die es in Berlin gibt.

Clara: Kleine Windkraftanlagen auf Dächern sehe ich auch. Schwierig wird es bei uns im Bezirk mit größeren Windkraftanlagen, die sehe ich etwa im Volkspark Friedrichshain nicht. Neben der heftigen Übernutzung und ihrer dringend notwendigen Erholungsfunktion haben unsere Grünanlagen auch eine ökologische Funktion, als Kaltluftschneisen oder für den Kauz.

Bettina: Dazu wird es wohl auch nicht kommen, aber ich suche nach Positiv-Kriterien, also: Was geht? Und nicht: Was geht nicht? Denn da sind viele sehr schnell zur Stelle. Beim Thema Windkraft hieß das: Wo kann der Strom direkt vor Ort verwendet werden? Wo gibt es bereits eine gewisse Lärm-Emission? Das sind z. B. Bahntrassen, Straßen, Gewerbegebiete. Auch die Wirtschaft hat erkannt, dass sie die Erneuerbaren braucht, um zukunftsfähig zu werden.

Clara: Bei unseren öffentlichen Gebäuden geht mehr: Wir müssen in eine höhere Sanierungsrate. Schon allein, um einen besseren energetischen Zustand zu erreichen. Das kostet Geld und hat daher mit den Prioritäten bei den Investitionen zu tun. Anderes Problem: Wie funktioniert unser Liefer- und Wirtschaftsverkehr in Zukunft nachhaltiger? Das muss nicht über Kleintransporter laufen, die unsere Straßen verstopfen. Was kann die Schiene, was können die Wasserwege, die wir in der Stadt haben, übernehmen?

Bettina: Die Mobilitätswende läuft, das bekommen wir hin. Dafür sehe ich auch eine wachsende Bereitschaft. Wir müssen aber auch an die Gebäude, die am schlechtesten isoliert sind und bei denen das Sanieren am meisten bringt, endlich ran. Beim Neubau brauche ich nicht unbedingt noch schärfere Standards. Aber beim Bestand dürfen wir die Wohnungswirtschaft nicht aus der Verantwortung entlassen. Denn die hohen Nebenkosten müssen die Mieter*innen tragen. Da können die Eigentümer*innen nicht einfach sagen: Gebt uns saubere Wärme, dann nutzen wir die. Wenn Mieter*innen weniger heizen sollen, dann geht das nur in energetisch sanierten Gebäuden.

Und auch da haben die öffentlichen Gebäude nicht gerade Vorbildcharakter, z. B. die Schulen.

Clara: Wir haben mehr Solardächer auf den Gebäuden und es sind auch bei uns dieses Jahr neue Schulgebäude entstanden, aber das wird es in unserem Bezirk mit seinen begrenzten Flächen kaum mehr geben. Wir brauchen mehr Schulplätze und grünere Kieze. Das geht nur mit kreativen Lösungen im Gebäudebestand und wir dürfen unsere Gebäude nicht einfach verrotten lassen. Daher muss man sich die Investitionsplanung und die Prioritätensetzung noch einmal dringend anschauen. Seitens des Landes, aber auch des Bundes. Ob Schule, Kita oder Bibliothek, die öffentlichen Einrichtungen vor Ort sind das Fundament einer solidarischen Gesellschaft.

Was seht Ihr denn – nach gut einem Jahr in Eurer jeweils neuen Funktion – als Euren größten Erfolg? Wo ist schon etwas erreicht?

Clara: Was großartig war: Wir haben unsere Herzen geöffnet und haben viele Menschen aus der Ukraine bei uns aufgenommen. Wir haben sie versorgt, mit Unterkünften, Schulplätzen, Deutschkursen usw.



Henry Arnold im Gespräch mit Senatorin Bettina Jarasch und Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann

Foto: Urban Ruths

Und das gilt auch für Geflüchtete und Asylsuchende aus anderen Regionen. Ebenfalls gut vorangekommen sind wir beim Thema Mobilität. Und auch hier am Kotti tut sich was. Aktuell wird der neue Spielplatz hinter der Bibliothek gebaut. Im Frühjahr wurde ein Gesundheitszentrum mit Drogenkonsumraum eröffnet. Der Bezirk und die Nachbarschaft setzen auf einen ganzheitlichen Ansatz, ganz unabhängig von der Polizeiwache, die nur ein Baustein von vielen sein kann. So brauchen wir dringend mehr Sozialarbeit, mehr Angebote für Obdachlose und Suchtkranke gerade in der Nacht. Es geht um kleinere Maßnahmen wie Kiezhausmeister*innen und große wie den langfristig Umbau mit mehr Grün.

Bettina: Die Rückeroberung des öffentlichen Raums ist eine Mega-Aufgabe für uns in den nächsten Jahren. Da geht es um Grün, um Lebensqualität, aber eben auch um Sicherheit. Orte, an denen sich die Menschen gerne aufhalten. Wenn wir das schaffen, haben wir viel erreicht. Und zum Erfolg: Clara hat es schon gesagt, dieses erste Jahr war geprägt von unvorhersehbaren Krisen. Und dennoch haben wir nicht nur geholfen und entlastet, sondern trotz allem gestaltet. Wir Grünen haben dabei durchgesetzt, dass nicht mit der Gießkanne Geld verteilt wird, sondern denen geholfen wird, die wirklich Hilfe benötigen. Ein weiterer Erfolg war die bezahlbare Mobilität: Erst das 9-Euro-Ticket, dann für Berlin das 29-Euro-Ticket und für die, die Unterstützung brauchen, haben wir das Sozialticket auf neun Euro abgesenkt. Auch das ist ökosoziale Politik. Für die Mobilitätswende brauchen wir bezahlbare Angebote und einen deutlich verstärkten Regionalverkehr, das ist seit Dezember und dem Winterfahrplan der Fall. Außerdem finanziere ich in Brandenburg Park&Ride und Bike&Ride Anlagen, damit wir ca. 300.000 Menschen, die täglich zwischen Berlin und Brandenburg pendeln, dazu bringen, die Bahn zu nutzen. Wir wollen entlasten. Aber es gibt auch genug Menschen, die die Lasten alleine tragen und einen größeren Beitrag leisten können. Das ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit. Wir wollen die Chance für Veränderung nutzen, weil wir an die Zukunft denken. Wir wollen die Zukunft gestalten. Das unterscheidet uns von allen anderen.

Clara: Was uns auch unterscheidet: Wir stärken die lebendige, aktive Zivilgesellschaft. Im November hatte ich ein Treffen mit Stadtteilzentren und allen möglichen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen. Da ging es um die Frage, wie wir gemeinsam gut durch den harten Winter kommen. Natürlich steckt allen Corona in den Knochen. Trotzdem können wir auf sie bauen, die packen an und sind solidarisch – dafür brachen sie unsere Unterstützung.

Seht Ihr – wie es gerade anklang – eher eine Stärkung des Miteinander in unserer Stadt, eine größere Solidarität,

oder gibt es eine Tendenz zur Polarisierung? Oder gibt es womöglich beide Tendenzen gleichzeitig?

Bettina: Was mir Sorgen macht, ist weniger die Polarisierung, sondern ein

Rückzug von Teilen der Gesellschaft in ihre jeweiligen Räume. Das ist durch Corona verstärkt worden, aber auch jetzt kommen viele aus ihren kleinen Kreisen nicht mehr heraus. Dadurch kommt es zu weniger Begegnung und

weniger Austausch, auch von Menschen, die sehr unterschiedlich sind. Aber davon lebt der Diskurs ...

... und die Stadt...

Bettina: ... und diese Einschränkung möchte ich nicht. Ich möchte, dass wir uns austauschen, auch streiten, und dann einen gemeinsamen Weg finden.

Clara: Bei uns im Bezirk erlebe ich: Konstruktiv Streiten können wir gut miteinander. Was mir Sorge macht – Bettina hat es schon angedeutet – ist das Auseinanderdriften unserer Gesellschaft in Menschen, die mehr Geld haben, und anderen die weniger haben. Und womit wir es leider auch zu tun haben, ist das Thema Rechtsextremismus und „Reichsbürger*innen“: Das sind Feinde der Demokratie und das darf nicht verharmlost werden. Begegnen muss man ihnen mit der ganzen Härte, die dem demokratischen Rechtsstaat zur Verfügung steht.

Punkt.

Bettina: Ausrufezeichen!

■ Das Gespräch führte Henry Arnold

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Nach einer Wahl sind alle Augen nach vorne gerichtet: Wer wird Regierende*r Bürgermeister*in? Welche Koalition wird es? Was steht im Koalitionsvertrag? Aber 2021 war alles anders. Inzwischen hat der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin die Wahl zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen für ungültig erklärt. Wie konnte es dazu kommen?

Wahlen sind Mammutveranstaltungen. Millionen Wahlberechtigte müssen an einem einzigen Tag in ganz Berlin ihre Stimme abgeben können. Damit dies reibungslos funktioniert, beginnt die Organisation der Wahl weit mehr als ein Jahr im Voraus. Dabei kam es diesmal schon zum ersten entscheidenden Fehler: Aufgrund der Corona-Pandemie gingen Landeswahlleitung, Bezirkswahlleitungen und die Senatsverwaltung für Inneres davon aus, dass ein sehr hoher Anteil an Berliner*innen von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch machen wird. Der Andrang am Wahltag war dann jedoch deutlich höher als gedacht, sodass die Wahllokale und -kabinen teilweise nicht ausreichten und sich lange Schlangen bildeten. Dazu kam, dass man von einer zu kurzen Zeitdauer je Wählenden ausging. Zwar waren sechs Kreuze auf fünf Wahlzetteln zu machen, hierfür waren jedoch durchschnittlich nur drei Minuten eingeplant. Es zeigte sich, dass viele Wähler*innen erheblich länger brauchten. Dadurch kam es in einigen Wahllokalen zu enormen Wartezeiten, sodass viele ihre Stimme erst weit nach 18 Uhr abgeben konnten.

Zweiter Fehler war die fehlerhafte Verteilung und mangelnde Kontrolle der gedruckten Wahlzettel. Für eine Wahl müssen viele Millionen Wahlzettel gedruckt werden. Bei dieser Wahl waren es für jeden Wählenden fünf Stück. Die Ausschreibung für diesen Druckauftrag erfolgte weit im Voraus an eine bekannte und bewährte Druckerei. Leider sind bei der Sortierung Fehler unterlaufen und die gelieferten Wahlzettel waren nicht sortenrein, sodass einige Wahllokale falsche Wahlzettel erhielten. Da man die Wahlzettel nur stichprobenhaft kontrollierte, fiel das nicht überall auf. Auch verzichtete man wegen des Umfangs darauf, den Wahlvorständen alle Wahlzettel vorab zu übergeben. U. a. durch den zeitgleich stattfindenden Berlin-Marathon kam es in einigen Wahllokalen zu Verspätungen bei der Nachlieferung. Daher mussten einige Wahllokale vorübergehend geschlossen werden, bis die Nachlieferungen eintrafen.

Durch diese und weitere Wahlfehler wurden mehrere tausend Stimmen nicht oder nicht gültig abgegeben. Da bereits wenige hunderte Stimmen ausgereicht hätten, um

insbesondere bei der FDP zu einer Verschiebung zwischen den Bezirkslisten zu führen, lag aus Sicht des Verfassungsgerichtshofs eine sogenannte Mandatsrelevanz vor. D. h. bei korrektem Ablauf der Wahl hätte es zu einer anderen Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses kommen können. Es kam aus Sicht des Gerichts zu einer so großen Anzahl an Fehlern, dass nur eine komplette Wiederholungswahl den demokratischen Wahlgrundsätzen wieder die volle Geltung verschaffen kann.

Aber wieso werden dann auch die BVVen neu gewählt? Da im Land Berlin die Wahl zu den Bezirksverordnetenversammlungen immer zusammen mit der Abgeordnetenhauswahl stattfindet und diese eine Abbildung der politischen Stimmung zum Zeitpunkt der Abgeordnetenhauswahl darstellen sollen, hielt es das Gericht für nötig, auch die Wiederholungswahl der Bezirksverordnetenversammlungen anzuordnen.

■ Thomas Weigelt, Mitglied des Landeswahlausschusses

Wahlrecht darf kein Privileg sein

Deutschlandweit haben derzeit 14 %, in Berlin 20 % und in Kreuzberg sogar 35 % der volljährigen Bewohner*innen kein Wahlrecht, weil sie keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.

Das Wahlrecht gehört zur Basis der Demokratie. Über Wahlen und Abstimmungen übt das Volk seine Staatsgewalt aus, so das Grundgesetz. Wer von Gesetzen und Regierungshandeln betroffen ist, der muss auch über deren Zustandekommen mitentscheiden können. So die demokratische Grundidee. In der Realität mussten sich aber schon viele Menschen, die von diesen Gesetzen betroffen waren, das Recht auf politische Teilhabe durch Wahlen hart erkämpfen – beispielsweise Frauen. Dass immer noch so viele Mitbürger*innen bei Wahlen ausgeschlossen sind, ist absolut undemokratisch und inakzeptabel und sollte dringend geändert werden.

Das Wahlrecht ist auf allen Ebenen an das Grundgesetz gebunden. Artikel 28 regelt, dass auch in Ländern

und Kommunen „das Volk“ durch Wahlen seine Staatsgewalt ausübt. Als 1989 eine Gemeinde aus Schleswig-Holstein das kommunale Wahlrecht auch für Menschen ohne deutschen Pass ermöglichen wollte, entschied das Bundesverfassungsgericht dagegen und definierte „das Volk“ als deutsche Staatsbürger*innen. Seitdem wurde der Begriff nicht neu geprüft.

Antrag der Berliner Landesregierung

Im Oktober hat nun die Berliner Landesregierung per Antrag das Wahlrecht für EU-Bürger*innen und Drittstaatler*innen, die seit fünf Jahren in Deutschland ihren festen Wohnsitz haben, auf kommunaler

und Landesebene und ggf. auch auf Bundesebene gefordert. Dies sei eine Anpassung an den gesellschaftlichen Wandel, den Deutschland als mittlerweile bekennendes Einwanderungsland vollzogen hat. Wahlrecht ist ein Grundrecht, das jede*r hat. Die Betroffenheit der Person sollte ausschlaggebend sein und nicht der Pass. Abgesehen davon gibt es auch jene, die keine „Deutschen“ werden wollen. Der Zugang zu Wahlen sollte davon unabhängig sein.

Wir hoffen, dass der Antrag der Landesregierung erfolgreich sein wird und dies die letzte Wahl ist, bei der so viele Menschen nicht mitmachen dürfen.

■ Miriam Wirsing, Bürgerdeputierte

Viel geschafft und noch viel vor

Die Wiederholungswahl gibt Anlass zurückzuschauen, was 2021 im Bezirk passiert ist. Auch in den kommenden Jahren wollen wir Xhain noch grüner, sozialer und klimaresilienter machen.

Der Berliner Verfassungsgerichtshof hat entschieden, dass die Wahl von 2021 in ganz Berlin wiederholt werden muss. Für uns ist klar: Alle Berliner*innen müssen ihr demokratisches Wahlrecht wahrnehmen können. Die Fehler der Pannenwahl dürfen sich nicht wiederholen. Es ist bitter, dass die Innenverwaltung nicht schafft, die Wiederholungswahl und den Volksentscheid „Berlin Klimaneutral 2030“ zusammen durchzuführen. Umso mehr, wenn durch mangelnde Vorbereitung selbst dafür gesorgt wurde. Den Berliner*innen wird zugemutet, innerhalb weniger Wochen mit hohen Mehrkosten zweimal eine Wahl und Abstimmung zu organisieren. Dieser Schaden für die Demokratie war vermeidbar!

Verkehrswende weiter auf die Straße bringen

Die Wiederholungswahl gibt Anlass, zurückzuschauen auf das letzte Jahr. Mit der Unterstützung von 34,6 Prozent der Xhainer*innen arbeiten wir mit unserer Bürgermeisterin Clara Herrmann und unseren Stadträt*innen Florian Schmidt und Annika Gerold weiter daran, den Bezirk noch grüner, sozialer und klimafreundlicher zu machen. Wir wollen die Verkehrswende voranbringen, dafür sorgen, dass Kieze den Menschen und nicht Investor*innen gehören und alle in einer offenen Gesellschaft ohne Diskriminierung leben können. Viel ist schon geschafft. Wir haben zahlreiche Verkehrswendeprojekte auf die Straße gebracht. Der Samariterkiez ist mit Tempolimits, Fahrradstraße und Diagonalsperren ein Musterbeispiel für Verkehrsberuhigung. Weiter geht es auch im Wrangelkiez, wo im Frühjahr die Parkraumbewirtschaftung beginnt. Und wir gehen neue Wege. Derzeit prüfen wir mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, wie in einem Modellversuch der verkehrsberuhigte Bereich im Graefekiez sicherer gestaltet werden



BVV-Fraktion mit Bezirksbürgermeisterin und Stadträtin

Foto: Kilian-Vitt

kann. Eine Karte mit den Projekten findet ihr auf den Seiten 4 und 5.

Seit 2021 gibt es mehr Geld für saubere Parks und Baumpflege. Somit bekommen Straßenbäume endlich genug Platz zum Wachsen. 2023 wird Xhain die Zahl der Solaranlagen verdoppeln. Der bezirkliche Klimabeirat unterstützt uns, unseren Bezirk an die Folgen der Klimakrise anzupassen.

Mieter*innen und Klima schützen

Auch eine kooperative Stadtentwicklungspolitik ist weiterhin unser Anliegen. Daher unterstützen wir kooperative Planungsprozesse, wie in Friedrichshain West, auf dem Dragonerareal oder in der Südlichen Friedrichstadt. Klimaschutz, Energie-, Wärme- und Verkehrswende spielen

bei Neubauprojekten im Bezirk eine große Rolle. Den Milieuschutz haben wir maximal ausgeweitet. Mit neuen Instrumenten wie dem präventiven oder gestreckten Erwerb arbeiten wir weiter daran, dass die Hälfte aller Wohnungen im Bezirk gemeinwohlorientiert werden.

Damit alle Menschen sicher und gut in unserem Bezirk leben können, haben wir das bezirkliche Diversity-Team und die Antidiskriminierungsarbeit an Schulen und Kitas gestärkt. Außerdem gibt es nun eine Stelle zur Bekämpfung von Kinderarmut. Zudem benennen wir Relikte aus der Kolonialzeit und machen durch Straßenumbenennungen und Gedenkstellen die vielfältige Geschichte unseres Bezirks sichtbar.

Seit der Wahl im September 2021 hat sich die Welt verändert: Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine

lässt Menschen auch bei uns Zuflucht suchen. Das Bezirksamt, die Mitarbeiter*innen in der Verwaltung und viele Menschen im Bezirk unterstützen die Geflüchteten, hier anzukommen und Sicherheit zu finden. Für uns ist klar: Alle Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, sind in Xhain willkommen.

Gemeinsam Krisen meistern

Die von CDU, FDP und SPD im Bund verschleppte Energiewende und die Abhängigkeit von russischem

Gas führten zu einer Energiekrise, die uns auch in Xhain trifft. Die Inflation steigt dramatisch. Die Corona-Pandemie ist noch nicht überstanden und die Klimakrise duldet keinen Handlungsaufschub.

Entlastung dort, wo sie gebraucht wird

Diese Krisen treffen besonders Menschen, die schon vorher kaum wussten, wie sie über die Runden kommen sollen. Daher hat Berlin als erstes Bundesland ein umfassendes Drei-Milliarden-Euro-Entlastungspaket beschlossen: darin unter anderem weitere Energiehilfen, einen Kündigungs- und Mietenstopp für kommunale Mieter*innen, das 29-Euro-Ticket für alle und ein 9-Euro-Sozialticket für den ÖPNV. Neben kurzfristigen Entlastungen der Menschen müssen wir auch den Umbau zu einer sozial gerechten, klimaneutralen und von fossilen Energien unabhängigen Stadt beschleunigen. Im Bezirk wollen wir die Hilfs- und Beratungsangebote vernetzen und Menschen vor Ort und niedrigschwellig erreichen. Damit die Unterstützung bei gestiegenen Lebenshaltungskosten, steigenden Energie- und Mietpreise auch bei den Betroffenen ankommen. Dazu beteiligt sich das Bezirksamt am „Netzwerk der Wärme“ und hat ein erstes Vernetzungstreffen aller Beteiligten organisiert.

An all diesen und vielen weiteren Projekten wollen wir trotz des anstehenden Wahlkampfes weiterarbeiten. Und nach der Wahl gemeinsam mit euch umsetzen.

■ Sarah Jermutus und Pascal Striebel, Bezirksverordnete

Wohnung tauschen - im Kiez bleiben - niedrige Mieten erhalten

Graefekiez, 120 Quadratmeter, Altbau, 3. Stock für 6,50 Euro der Quadratmeter. Das Ehepaar im Ruhestand lebt den Traum vieler Berliner Wohnungssuchender. Seit 30 Jahren wohnen sie hier, die Kinder sind längst ausgezogen. Hier im Kiez sind ihre Freund*innen, ihr Kino, die Ärzt*innen – das, was ihr Leben ausmacht. Obwohl die Wohnung zu groß ist und er die Stufen nicht ohne Pausen schafft, werden sie nicht umziehen. Die Bereitschaft ist da, aber eine kleinere Wohnung im EG im gleichen Kiez ist unbezahlbar. Und wer tauscht schon gerne von 120 Quadratmeter für 800 Euro zu 60 Quadratmeter für 1.000 Euro Miete?

Fehlende Transparenz auf dem Berliner Wohnungsmarkt

Eine Wohnungstauschplattform ist einfach und schnell umsetzbar: Man stellt die Wohnung als Tauschwohnung auf einer digitalen Plattform ein und formuliert das Gesuch. Die Matches einigen sich auf den Tausch und gehen in Abstimmung mit ihren Vermieter*innen. Diese einfache Maßnahme zur besseren Verteilung von Wohnraum hat sich in anderen Städten bewährt. Die Stadt Freiburg hat eine Plattform ins Leben gerufen, die rege genutzt wird und schafft Anreize, z.B. durch die Erstattung von Umzugskosten.

Von diesem Beispiel könnte Berlin lernen. Aber um Tauschmöglichkeiten einfacher umzusetzen, braucht es eine Datengrundlage: Das Miet- und Wohnungskataster. So ein Kataster fordern die Grünen im Abgeordnetenhaus schon lange und haben dies im letzten Koalitionsvertrag festgehalten. Trotzdem hat die SPD-Senatsbauverwaltung die Umsetzung verschleppt. Dabei wäre Transparenz über Miethöhe, Wohnungsgröße, Anzahl von Personen, Ausstattung etc. notwendig – nicht nur um zu wissen, wer für einen Wohnungstausch in Frage käme, sondern auch um entlastende Maßnahmen für den gesamten Wohnungsmarkt zu entwickeln.

Immerhin: Für die sechs Landeseigenen Wohnungsunternehmen gibt es seit 2018 eine digitale Tauschplattform für die rund 350.000 Wohnungen. Die Bilanz der Webseite „inberlinwohnen.de“ ist allerdings ernüchternd. Eine parlamentarische Anfrage zeigt, dass von 2018 bis 2022 nur 361 Wohnungen getauscht wurden, auch wenn die Zahlen in den letzten beiden Jahren nach oben gingen. Von den über 7.000 Nutzer*innen wollten sich nur ein Fünftel verkleinern. Dass diese Zahlen so gering sind, liegt zum einen daran, dass kaum jemand die Plattform kennt. Dazu kommt, dass gerade ältere Mieter*innen oft den Wunsch nach Verkleinerung haben, aber weniger digital unterwegs sind. Außerdem: Wer tauscht gerne zu glei-

chen Konditionen in ein unbekanntes Quartier?

Eine bezirkliche Tauschbörse als Pilotprojekt

Gesetzlich wäre der Bund in der Verantwortung, Wohnungstausch im Bundesmietrecht zu verankern. So wie es Mieterverbände seit Jahren fordern. Aber auch das groß angekündigte Wohnungsbündnis von Franziska Giffey wollte ein Pilotprojekt zum Wohnungstausch starten. Hier haben die Grünen durch eine Anfrage aufgedeckt: Wohnungstausch hat keine Priorität bei der SPD und wird verschleppt.

Unser Vorschlag: Wenn Berlin oder der Bund nicht liefert, müssen wir im Bezirk selbst aktiv werden. Wir brauchen eine bezirkswide Tauschbörse für private und öffentliche Unternehmen. Wir in Friedrichshain-Kreuzberg sollten, wie beim kommunalen Vorkaufrecht, auch hier Vorreiterin sein und den Wohnungstausch als Pilotprojekt ermöglichen. Denn wenn sich Lebensumstände ändern, kann es nicht sein, dass ein Umzug in eine kleinere Wohnung nicht leistbar ist.

■ Maria Haberer, Bezirksverordnete

Gegen soziale Kälte

Die Energiekrise ist vor allem auch eine soziale Krise. Um Notlagen abzuwenden, bedarf es des Engagements von Bund, Ländern und Kommunen. Die Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge ist eine vordringliche Aufgabe; hier darf der Bezirk nicht vom Land allein gelassen werden.

Die Menschen in unserem Bezirk stehen in diesem Winter vor vielfältigen Herausforderungen: Sie kämpfen mit gestiegenen Lebenshaltungskosten und erhöhten Betriebskosten für Ihre Wohnungen. Viele Menschen fürchten Strom- oder Gassperren. Seit Beginn des Jahres 2022 haben die Tafeln in Deutschland einen Zuwachs von 50 % zu verzeichnen.

Die Bezirksverordnetenversammlung hat deshalb unseren Antrag beschlossen, der das Bezirksamt auffordert, für die Bürger*innen aufsuchende Erstberatungen anzubieten, die in weiterführende, bedarfsorientierte Beratungen im Bezirk vermitteln sollen. Dies soll möglichst wöchentlich im öffentlichen Raum an wechselnden Standorten stattfinden.

Es darf bei niemandem das Gefühl entstehen, alleingelassen zu werden. Ein wichtiger Bestandteil ist dabei der Ausbau der solidarischen Infrastruktur. Seit November 2022 gibt es auch in unserem Bezirk sogenannte „Orte der Wärme“, an denen Begegnung und nachbarschaftlicher Austausch möglich sind.

Dabei dürfen wir nicht die Menschen vergessen, die bereits vor Pandemie und Energiekrise ihren Alltag auf der Straße bewältigen mussten. Insbesondere in der kalten Jahreszeit sind obdachlose Menschen auf Unterstützung angewiesen. Im Rahmen der Kältehilfe gibt es in unserem Bezirk derzeit elf Notübernachtungseinrichtungen, die in der Nacht Schutz vor Nässe und Kälte geben. Tagsüber bieten zahlreiche Einrichtungen

Mahlzeiten, Waschgelegenheiten oder Kleiderausgabe an. Für viele Menschen kommen Notübernachtungen aber nicht in Frage, weil sie zum Beispiel Hunde haben, die in vielen Einrichtungen nicht gestattet sind oder weil sie aufgrund ihrer Suchterkrankung von Einrichtungen abgewiesen werden, in denen meist kein Konsum gestattet ist. Die Bezirksverordnetenversammlung hat bereits in der letzten Wahlperiode einen Beschluss zur Schaffung eines sogenannten „Safe Place“ gefasst. Nachdem unter dem damals verantwortlichen linken Stadtrat ein solcher Safe Place leider nicht entstanden ist, hat der jetzige Stadtrat für Soziales dies nun wieder auf die Agenda gesetzt. Allerdings sieht der aktuelle Plan, entgegen dem ursprünglich vorgesehenen Konzeptvorschlag, nur einen kleinen Modellstandort vor. Wir sind der Ansicht, dass alle Fachämter unseres Bezirks prüfen sollten, ob es geeignete Flächen für einen echten Safe Place in geschütztem Umfeld gibt. Dies fordern wir in einem im Dezember 2022 eingebrachten Antrag. In einem weiteren Antrag schlagen wir dafür bezirkliche Flächen am Ostbahnhof als temporäre Zwischennutzung bis zum Beginn des geplanten Rathausneubaus vor.

Die Stärkung sozialer Infrastruktur ist wichtiger denn je. Deshalb werden wir uns auch weiter für ein solidarisches und soziales Xhain einsetzen.

■ Claudia Schulte und Magnus Heise, Bezirksverordnete

Verkehrswende: Mobilität für alle in Xhain

Jahrzehntlang ging die Verkehrswende im Schnecken tempo voran. Jetzt sprießen in Friedrichshain-Kreuzberg an allen Ecken Parklets und Pop-Up-Radwege aus dem Boden. Viele Projekte sind schon umgesetzt oder werden gerade gebaut. Wir zeigen euch auf der Karte, wo was passiert.

Bewegung ist ein Bedürfnis, das wir alle haben. Ob von Kiez zu Kiez, zu Fuß, mit dem Rad oder Bus und Bahn, ob wir unsere Kinder zur Kita oder Schule bringen, zur Arbeit müssen oder nachts sicher nach Hause kommen wollen: wir alle sind auf sichere und bezahlbare Mobilität angewiesen. Und wir sind nicht allein unterwegs. Damit die nächsten Generationen sich genauso über unseren Planeten bewegen können wie wir, brauchen wir eine radikale Mobilitätswende – und damit fangen wir in unserem Bezirk an.

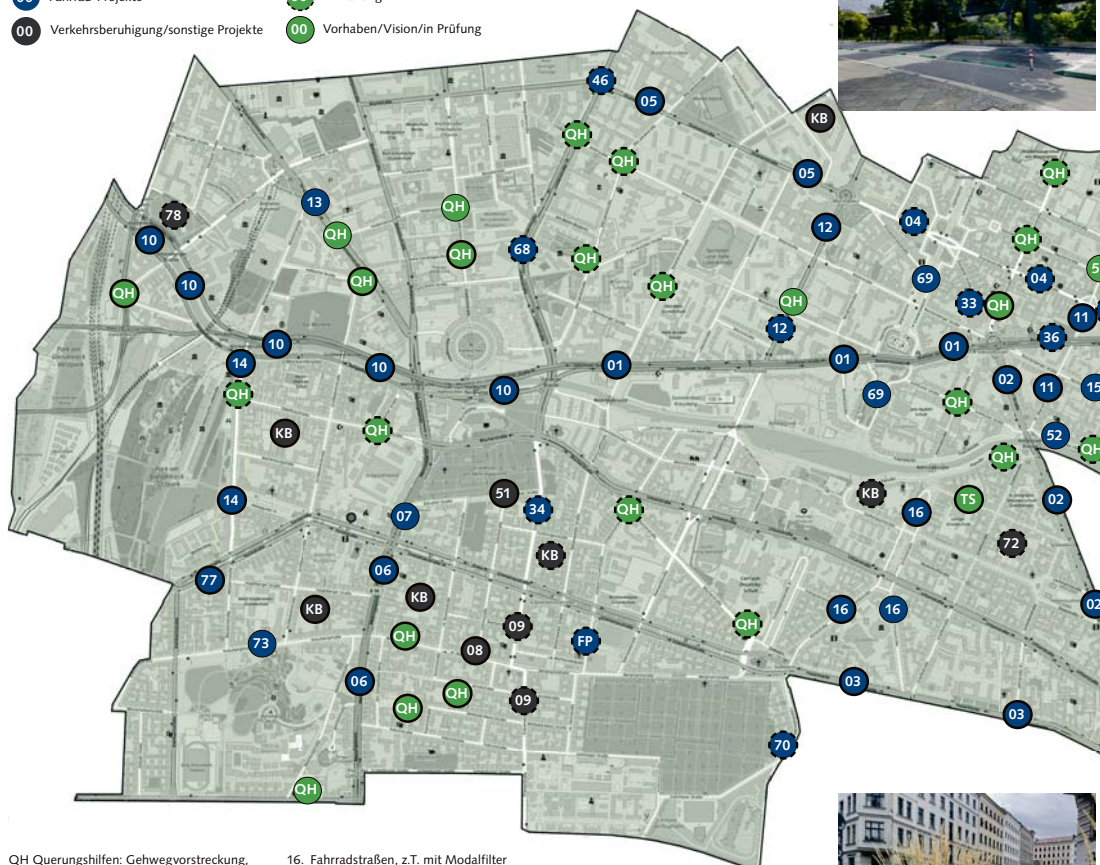
Xhain ist der am dichtesten besiedelte Bezirk Berlins. Öffentlicher Raum ist knapp und die Infrastruktur durch den Durchgangsverkehr stark ausgelastet. Dabei ist die beliebteste Art sich fortzubewegen der Fußverkehr. Und zusammen mit Rad, Bus und Bahn legen über 80% der Menschen ihre Wege ohne Auto zurück. Das spiegelt sich leider nicht in der Verteilung des Raums wider. Wir wollen den Menschen die Straße zurückgeben, Flächen entsiegeln und die Stadt wieder grün machen.

Welche Maßnahmen geplant sind, was schon umgesetzt wurde und wo gerade noch gebaut wird, findet ihr auf der Karte unseres wunderschönen Bezirks. Jeder Punkt steht für ein Projekt. Unten in der Liste seht ihr, ob es sich um Radwege, Modalfilter, neue Radabstellplätze, Gehwegvorstreckungen, Diagonalsperren, Poller, temporäre Spielstraßen, barrierefreie Haltestellen oder den Umbau gefährlicher Kreuzungen etc. handelt.

Sebastian Sahn für die AG Mobilität
Geschützte, 3 m breite Radspur am Tempelhofer Ufer (3x)



- 00 Fußweg-Projekte
- 00 (teilweise) fertiggestellt / in Bau
- 00 Fahrrad-Projekte
- 00 in Planung
- 00 Verkehrsberuhigung/sonstige Projekte
- 00 Vorhaben/Vision/in Prüfung



- QH Querungshilfen: Gehwegvorstreckung, Zebrastreifen oder Mittelinsel
- TS Temporäre Spielstraße
- KB Kiezblock-Initiative (kiezblocks.de), gestrichelt: Sammelphase; durchgezogene Umrandung: Einwohnerinnenantrag in BVV/ beschlossen/Umsetzung gestartet
- FP Fahrradparken verbessert
- 1. Fahrradspur Kottbuscher Straße von Lindenstraße bis Kottbusser Tor
- 2. Geschützter Radweg Kottbusser Damm / Straße
- 3. Hasenheide: Geschützter Radweg (Südseite)
- 4. Umbau Oranienstraße zwischen Moritzplatz und Görlitzer Bahnhof
- 5. Sanierung Radweg Nordseite Oranienstr.
- 6.-7. Sanierung Radweg Ostseite Mehringd.
- 8. Verkehrsberuhigung Bergmannstraße zw. Mehringdamm u. Friesenstr.
- 9. Sperrung der Achse Zossener Str./Friesenstr. für Durchgangsverkehr
- 10. Geschützte Radspur Kanaluferstraßen
- 11. Fahrradstraße Mariannenstraße
- 12. Radwege/-spur Prinzenstr.
- 13. Stresemannstr. Komplettumbau
- 14. Möckerstraße Radspuren/-wege
- 15. Reichenberger Str.: Asphaltierung Radstreifen
- 16. Fahrradstraßen, z.T. mit Modalfilter
- 17. Stralauer Allee, Südseite: Radweg/-spur Neubau
- 18. Stralauer Allee, Nordseite: Radweg/-spur Neubau/Sanierung
- 19. Friedrichsberger Straße: Radspuren
- 20. Boxhagener Str.: Radspuren
- 21. Rüdigersdörfel/Wedekind-/Grünberger Str.: Radspuren
- 22. Fahrradspuren Revaler Str. (West)
- 23. Strausberger Platz: Verbesserung Ampelschaltung
- 24. Frankfurter A.: Geschützte Radspuren
- 25. Fahrradstraße mit Asphaltierung: Modersohn-, Gärtner- und Mäinzer Str.
- 26. Straßenbahn zum Ostkreuz
- 27. Rigger Str., Weidenweg, Palisadenstr.: Fahrradstraße
- 28. Umbau Petersburger Str. mit baulich getrennten Radwegen
- 29. Karl-Marx-Allee/Str. d. Parier Kommune: geschützte Radspuren (fertig), Markierungen (geplant)
- 30. Karl-Marx-Allee: Verbreiterung Radweg, z.T. auf 3 m
- 31. Querung Görlitzer Park bis Parkmitte
- 32. Jugendverkehrsschule Wiener Str. saniert
- 33. Radverbindung Kottbusser Tor-Dresdener Str.
- 34. Zossener Str.: Radspuren geplant
- 35. Mühlenstr.: Verbreiterung Fußweg und Radspuren
- 36. Radbahn U1 – Fahrradverkehr nördl. der U1, Autoverkehr südlich
- 37. Lichterberger Str.: Geschützter Radweg
- 38. Grünberger Str.: Radspur
- 39. Ebertsdorfer Str.: Schulstraße
- 40.-42. Verbreiterung Radspuren: Str. d. P. Kommune, Stralauer Platz, Holzmarktstr.
- 43. Tamara-Danz-Str.: geschützte Radspur
- 44. Mobilitätskonzept Friedrichshain-West
- 45. Petersburger Str.: Radweg verbreitert (Ostseite)
- 46.-47. Pilotprojekte Geschützte Kreuzung (Oranienstr./Rudi-Dutschke; Platz der Vereinten Nationen)
- 48. Andreasstr.: Verbreiterung Radspuren
- 49. Fußgängerzone Görlitzer Ufer
- 50. Mantuffelstr.: Schulstraße
- 51. Solms-/Baruther Str.: Verkehrsberuhigung durch Asphaltkissen und Gehwegvorstreckungen
- 52. Paul-Linko-Ufer: Asphaltierung, Regenwassermanagement
- 53. Schulstraße Hausburgstr.
- 54. Scharnweberstr. Radspuren i.V.m. neuen Tramhaltestellen
- 55. Verbreiterung Radspuren Gürtelstr.
- 56. Verkehrsberuhigung Samariterkiez mit Diagonalsperren u.a.
- 57. Friedenstr.: geschützte Radspuren
- 58. Mariannen-/ Ecke Naunyst.: Gehwegvorstreckung i.V.m. Fahrradstraße
- 59. Revaler Str. Ost: Asphaltierung und Fahrradstr.
- 60. Parkraumbewirtschaftung Arena
- 61. Verkehrsorganisation/-beruhigung Boxhagener Kiez
- 62. Modersohnstr.: Fahrradstreifen
- 63. Lausitzer Platz: Verkehrsberuhigung, Entsiegelung
- 64. Dannecker Str.: Fußgängerzone
- 65. Krautstr.: Fußgängerzone
- 66. Waldeyerstr.: Fußgängerzone
- 67. Niemann-, Haase-, Döring-, Matkowsky-,



Verkehrsberuhigung im Bergmannkiez. (3x)



Weiterführende Links: gruene-xhain.de/verkehrs-wende-wo-finde-ich-was

- Helmerdingstr.: Bodenschwellen zur Geschwindigkeitsreduktion
- 68. Lindenstr.: Radspurverbreiterung
- 69. Straßen entlang des ehemaligen Luisenstädtischen Kanals: Fahrradspuren
- 70. Lilienthalstr.: Fahrradstr.
- 71. Pufendorfstr.: Schulstraße
- 72. Modellversuch autofreier Grafiekiez
- 73. Kreuzbergstr.: Fahrradstraße
- 74. Scharnweberstr.: Schulstraße
- 75. Simplonstr.: Schulstraße
- 76. Verkehrsberuhigung und Parkraumbewirtschaftung Wrangelkiez
- 77. Sanierung Radweg Yorkstr.
- 78. Entsiegelung Hallesches Ufer

Die Eintragungen auf der Karte beruhen auf der Projektliste des Bezirksamtes vom 22.3.2022. Link hinter dem QR-Code. Fertigstellungszustände sind z.T. aktualisiert, weitere Planungen ergänzt (z.B. BVV-Beschlüsse). Ohne Gewähr. (C) Karte: Openstreetmap.org. Fotos: Berthe Jentsch für gruene-xhain.de (3x), Inge Lechner, Jennifer Marke. Andreas-M. Selignow

Maßnahmen zuerst dort, wo Belastungen am höchsten sind

Grüne Stadträtin Annika Gerold über Schulwegsicherheit, Umweltgerechtigkeit und Ressourcenengpässe



Temporäre Spielstraße in der Simplonstr. in F'hain (Foto: Inge Lechner)

Stachel: Die Erfolge unseres Bezirks bei der Umsetzung der Verkehrswende können sich sehen lassen. Warum geht es in unserem Bezirk schneller voran als in den meisten anderen Bezirken der Stadt?

Annika Gerold: Der politische Wille ist da! Seit mehreren Jahren verantworten wir Grüne die zuständigen Ressorts des Bezirksamtes. Aber das würde nicht reichen, wenn wir nicht auch engagierte und fachkundige Mitarbeiterinnen hätten, denen die Verkehrswende ein Herzensanliegen ist. Und natürlich müssen die Bürger:innen mitziehen. Das ist das, was wir tun, haben sie uns bei den vergangenen Wahlen gezeigt. Das beweisen aber auch die vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen, zum Beispiel für Schulzonen und Kiezblocks.

um die Projekte noch schneller voranzubringen. In einer Zeit, in der es kaum Verkehrsplaner:innen auf dem Arbeitsmarkt gibt, müssen wir aufholen, was durch jahrzehntelanges Kaputtsparen vermasselt wurde. Gleichzeitig mangelt es an Baufirmen, die unsere Projekte rasch ausführen könnten. Aber wir sind auf einem guten Weg: Zum Beispiel wurde im Fachbereich Straße eine neue Gruppe gegründet, die sich gezielt mit dem Thema Mobilitätswende befasst. Mit Hilfe von Daten aus dem Berliner Atlas für Umweltgerechtigkeit können wir zügig Bereiche mit erhöhtem Handlungsbedarf ermitteln. Wir wollen Maßnahmen und Projekte zuerst in den Bereichen umsetzen, in denen die Belastungen für die Anwohner:innen am höchsten sind.



Annika Gerold (Foto: Jennifer Marke)

Anfang Oktober haben die Verkehrsstadträt:innen aus allen Berliner Bezirken einen offenen Brief an Verkehrsminister Wissing (FDP) geschrieben, in dem sie eine Reform des Straßenrechts fordern. Inwiefern bremsst das Verkehrsrecht eine schnelle Umsetzung von Maßnahmen und Projekten?

Annika Gerold: Die Mehrheit der Bürger:innen wünscht sich mehr Raum und sichere Wege für Fußgänger:innen und den Radverkehr, besonders für Kinder und ältere Menschen. Dazu zählen zum Beispiel Zebrastreifen und Tempo-30-Zonen. Aber das Straßen- und Verkehrsrecht erschwert Bemühungen in dieser Richtung sehr – als wäre es gottgegeben, dass durch die Städte gerast werden darf. Nach jetzigem Recht können wir an vielen Stellen erst aktiv werden, wenn die Tailliert nachgewiesen ist, dass an genau dieser Stelle bereits Unfälle passieren oder eine Gefahrenlage besteht. Das frisst Ressourcen und ist kostspielig. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung wurde vereinbart, die Ziele Gesundheits- und Klimaschutz in das Straßenverkehrsrecht aufzunehmen. Aber der FDP-Verkehrsminister tut bislang kaum etwas, um das umzusetzen.

Stachel: Eine Projektliste des Bezirksamtes umfasst neben den bereits erfolgten Maßnahmen dutzende weiterer Projekte in verschiedenen Planungsstadien. Welche Maßnahmen liegen dir besonders am Herzen und sollten in dieser Wahlperiode umgesetzt werden?

Annika Gerold: Die Schulwegsicherheit und die Verkehrsberuhigung in den Kiezen liegen mir sehr am Herzen. Auch beim Radwegeausbau müssen wir weiter vorankommen, um dem Mobilitätsgesetz gerecht zu werden: Mit den Pop-up-Radspuren haben wir ein Instrument entwickelt, mit dem wir Vorhaben rasch umsetzen können. Die temporär errichteten Anlagen werden getestet – und in permanente Anlagen umgewandelt, wenn sie sich bewährt haben. Für mehr Flächengerechtigkeit und Verkehrssicherheit wird die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung sorgen. Ein anderes wichtiges Thema ist die Entsiegelung: Die Klimanotlage zwingt uns, hier schnell voranzukommen, um widerstandsfähiger gegen Hitzewellen und Trockenheit zu werden. Weil wir dafür keine eigenen Mittel haben, haben wir zum Beispiel Bundesmittel eingeworben, um das Hallesche Ufer zu entsiegeln. Ein riesiges Projekt, denn der Tropfen auf den heißen Stein reicht hier – im wahrsten Sinne des Wortes – nicht aus.

Das Gespräch führte Gerd Thorns

Trotz aller Erfolge gibt es aber auch Unzufriedenheit und Ungeduld, weil die Umsetzung von Maßnahmen zu lange dauert. Was müsste sich ändern, damit es noch schneller vorangeht?

Annika Gerold: Ich verstehe die Ungeduld sehr gut. Im Moment stellen wir fast jede Woche eine Maßnahme fertig. Das reicht uns nicht. Und ich kann die Gründe dafür selbst schon kaum mehr hören, aber es ist leider so: Uns fehlen die Ressourcen, vor allem das Personal,



Über 50 Parklets gibt es im Bezirk. (3x)

Ideen und Visionen für die Mobilitätswende

Insgesamt 180 Maßnahmen zur Mobilitätswende in Xhain sind in einer Projektliste des Bezirksamtes aufgeführt. Neben den bereits fertiggestellten bzw. im Bau befindlichen Projekten, die in der Karte zu finden sind, stehen viele weitere Ideen und Visionen für eine Mobilitätswende in unserem Bezirk. Dazu gehören z.B. Modellprojekte wie die geplante Radbahn unter bzw. entlang der Hochbahn zwischen Schlesischem Tor und Görlitzer Bahnhof, die mit 3 Mio Euro aus Bundesmitteln geförderte Entsiegelung des Halleschen Ufers zwischen Möckern- und Köthener Straße oder der parkplatzfreie Grafiekiez. Hier sollen voraussichtlich ab dem kommenden Frühjahr ca. 600 Parkplätze zwischen Gräfe- und Dieffenbachstraße vorerst für ein halbes Jahr für die Aufstellung

von Spielgeräten, Sitzgelegenheiten und Stellplätzen z.B. für Lastenräder umgenutzt und begrünt werden. Die Erfahrungen und Ergebnisse sollen wissenschaftlich ausgewertet und für zukünftige Parkplatzzreduzierungen genutzt werden. Noch wird allerdings geprüft, ob dies Projekt im Rahmen des bisherigen Straßenverkehrsrechts machbar ist. Eines der wichtigsten Vorhaben des Bezirksamtes ist jedoch die geplante flächendeckende Verkehrsberuhigung des Bezirks. Bislang wurden für sechs Kiezblocks (s. Glossar) – vom Viktoriakiez im Westen bis zum Boxhagener Kiez im Osten – Einwohnerinnenanträge gestellt und von der BVV verabschiedet. In einigen Quartieren – im Bergmann-, Wrangel- und Samariterkiez – hat das Bezirksamt bereits

erste Schritte zur Umsetzung eingeleitet. Nach Gesprächen mit den beteiligten Initiativen und gestützt auf die Auswertung von Daten über Bevölkerungsstruktur, Luft- und Lärmbelastung sowie Mangel an Grün- und Spielflächen will das Bezirksamt nun diejenigen Viertel ermitteln, in denen besonders dringender Handlungsbedarf für verkehrslenkende und -beruhigende Maßnahmen besteht. Nach Vorlage und Beschluss eines entsprechenden Konzeptes im Frühjahr 2023 soll der Durchgangsverkehr durch schnelle und einfach umsetzbare Maßnahmen flächendeckend aus zahlreichen Wohnvierteln verbannt werden.

Gerd Thorns

Glossar

- Kiezblocks:** Nach dem Vorbild der „Superblocks“ in Barcelona geforderte verkehrsberuhigte Wohnquartiere. Bislang wurden für 6 Xhainer Kiezblocks Einwohnerinnenanträge von der BVV beschlossen, in denen neben Tempo 30 vor allem Poller und andere Sperren (s. Diagonalsperren) sowie Begrünungsmaßnahmen gefordert werden, um den Durchgangsverkehr und damit verbundene Luft- und Lärmbelastungen zu reduzieren. In zwei weiteren Quartieren – Wrangel- und Samariterkiez – wurden aufgrund von Anwohner-Initiativen bereits erste Maßnahmen umgesetzt.
- Gehwegvorstreckungen und Querungshilfen:** Bordsteinabsenkungen, Aufpflasterungen und Poller insbesondere an Kreuzungen sowie Mittelinseln (teilweise plus Zebrastreifen), die vor allem Kindern sowie älteren und mobilitätseingeschränkten Menschen eine barrierearme, sichere Überquerung der Fahrbahn ermöglichen. Werden meist im Zuge anderer Tiefbaumaßnahmen umgesetzt.
- Parklets:** Mobile Holz- bzw. Metallkonstruktionen, die Sitz- und Aufenthaltsmöglichkeiten anstelle von Parkplätzen schaffen. In unserem Bezirk zuerst im Zuge der Einrichtung einer Begegnungszone in der Bergmannstraße installiert, inzwischen in etlichen Berliner Kiezen eingesetzt, um die Aufenthaltsqualität in Wohnquartieren zu erhöhen.
- Diagonalsperren und Modalfilter** verhindern im Verbund mit gegenläufigen Einbahnstraßen den unerwünschten Durchgangsverkehr in Wohnvierteln (s. Kiezblocks). Diagonalsperren werden auf Kreuzungen errichtet, als Modalfilter bezeichnet man Sperren, die die

Kandidatin
im Wahlkreis 1

Eine soziale Wohnungspolitik gibt es nur mit Grün in der Regierung

Die zweite Runde Rot-Grün-Rot war wohnungspolitisch betrachtet leider eine Mischung aus politischem Stillstand und versuchtem Rollback statt einer sozial-progressive Mieterschutzpolitik. Und das, obwohl sich die Lage für Mieter*innen nach dem Aus für den Mietendeckel weiter verschlechtert hat und eine Verschärfung bestehender landesrechtlicher Möglichkeiten dringend notwendig ist.

Nach einem Jahr rot-grün-roter Koalition muss man feststellen: in Sachen Wohnungspolitik haben wir fast nichts vorangebracht. Wir haben zwar die Neubauförderung maßgeblich verbessert zur Förderung von bis zu 5.000 Sozialwohnungen pro Jahr. Und auch bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen haben wir einen Schutz vor Kündigungen und einen Mietestopp bis Ende 2023 aufgrund der vielen Krisen vereinbart. Auch die Förderung zum Ankauf von Häusern durch Genossenschaften haben wir aufgestockt und zwei, drei Häuser und damit Hausgemeinschaften konnten gesichert werden. Aber selbst bei diesem Projekt bestehen in der Praxis große Probleme, wenn es um die konkrete Bewilligung der Ankaufprojekte geht. Die Bauordnung wird seit über einem Jahr blockiert von Senator Geisel und seiner SPD, obwohl der Neubau doch so wichtig ist. Von zentralen neuen Projekten, die im Koalitionsvertrag vereinbart wurden, keine Spur. Weder ein Miet- und Wohnungskataster wurde angegangen obwohl wir dafür 1,7 Millionen Euro im Haushalt eingestellt haben, noch die Reform des Zweckentfremdungsverbotsgesetzes. Wir alle wissen, in seiner derzeitigen Form weist es erhebliche Mängel auf. Und auch gegen spekulativen Leerstand und den Abriss von Wohnraum wird immer noch viel zu lasch vorgegangen. In den letzten Jahren wurden in Berlin immer noch hunderte Wohnhäuser abgerissen, weil Ersatzwohnraum angeboten wurde. Dies ist zwar gesetzlich möglich, der Abriss soll aber die Ausnahme und nicht die Regel sein.

Daher müssen wir hier in der nächsten Legislatur nochmal dringend ran und das gesetzlich schärfen. Doch statt besserer Gesetze und mehr Unterstützung der Bezirke, setzen Unter- und Giffey allein auf lose, intransparente Selbstverpflichtungen durch die große Wohnungswirtschaft.

Um unserem demokratischen Auftrag gerecht zu werden, haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, durch eine Expert*innenkommission rechtssichere Umsetzungsmöglichkeiten einer Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen prüfen und erarbeiten zu lassen.

Den Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co.“ umsetzen

Die Expert*innenkommission hat zur Umsetzung des Volksentscheids nun einen Zwischenbericht vorgelegt. Auch wenn einige Fragen noch nicht final diskutiert sind, können wir zwei zentrale Schlussfolgerungen ziehen: Es liegt keine konkurrierende Gesetzgebung durch den Bund vor und zudem kann eine Entschädigung unterhalb des Marktwerts erfolgen. Nun kommt es auf die Umsetzung des Volksentscheids an. Wir erwarten, dass die Kommission hier weitere Erkenntnisse und im besten Fall Eckpunkte für ein Gesetz liefert. Der Fokus muss auf den Vorschlägen für eine Entschädigungsregelung und ein Konzept zur gemeinwirtschaftlichen Bewirtschaftung der Bestände liegen. Die Erarbeitung eines Gesetzes ist das Ziel. Daran wollen wir weiter aktiv mitarbeiten. Daher ist es wichtig, dass wir die Debatte jetzt in der Koalition und nach den Wahlen bei eventuell stattfindenden Koalitionsverhandlungen aufgreifen und weiter vorantreiben. Den Senat ist dazu aufgerufen, seine Blockade bei der Herausgabe der Eigentümerdaten aus den Grundbüchern zu beenden. Es kann nicht sein, dass der Senat (Justiz- sowie Stadtentwicklungsverwaltung) hier die Arbeit der Kommission torpediert. Nur wenn wir diese Informationen haben, wissen wir überhaupt, um wie viele Bestände und Eigentümer*innen es sich handelt. Auch deshalb wäre



Katrin Schmidberger

Foto: Anna Fiolka

ein Miet- und Wohnungskataster für Berlin längst überfällig.

Trotz Corona, Krieg und Krisen wurde in Berlin letztes Jahr laut Gutachterausschuss die Rekordsumme von ca. 24 Milliarden Euro Umsatz mit Immobilien gemacht. Die Kaufpreise und Mieten sind noch weiter gestiegen. Auch die Bodenpreise kennen

nur den Trend nach oben und verunmöglichen bezahlbaren Neubau noch weiter. Diese Preisspirale kann leider nur vom Bund durchbrochen werden. Aber wir haben einen weiteren Ansatz erarbeitet, den wir auf Landesebene in der nächsten Legislatur umsetzen wollen: Weil „Eigentum verpflichtet“, wollen wir mit einem Wohnungswirt-

schaftsgesetz alle Eigentümer*innen in die Pflicht nehmen: Zukünftig sollen Eigentümer*innen bei einem zu schaffenden Landesamt für Wohnungswesen eine behördliche Genehmigung einholen müssen, um in Berlin Wohnraum vermieten zu dürfen. Dazu gehört es, dass vor allem bezahlbarer Wohnraum bereit gestellt wird, im Bestand wie im Neubau. Dabei soll auch nachgewiesen werden, dass eine Instandhaltungspauschale für die Häuser zurück gelegt wird. Außerdem soll volle Transparenz im Rahmen eines Miet- und Wohnungskatasters bezüglich der Ausstattungen, der Miethöhen und der tatsächlichen Eigentumsverhältnisse geschaffen werden.

Der Markt regelt es eben nicht

Dabei bekommt jede Wohnung eine ID, mit der zukünftig alle Informationen verknüpft werden, mit denen die Ämter dann besser arbeiten könnten. Vermieter*innen, die sich weigern, zu kooperieren, könnte Wohnraum letztlich ganz entzogen werden. Das Bundesverfassungsgericht hat im Rahmen des Mietendeckel-Beschlusses festgestellt, dass die Länder für das Wohnungswesen zuständig sind und lediglich dem Artikel 14 Grundgesetz verpflichtet sind – das bedeutet die Länder haben bei einer angespannten Wohnungsmarktlage wohl mehr Möglichkeiten, in den Markt einzugreifen als sie bisher annahmen. Wir müssen jedes Instrument nutzen, das hilft, die Mieten wieder bezahlbar zu machen und um Immobilienspekulation das Handwerk zu legen. Dafür braucht es aber auch den politischen Willen, für die Mieter*innen einzustehen und neue Wege zu versuchen. Wir Grüne wollen diesen Kampf weiter führen.

■ Katrin Schmidberger,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Die Häuser denen, die drin wohnen

Trotz der Weigerung der FDP, das Vorkaufsrecht zu reparieren, ist der Bezirk nicht tatenlos. Milieuschutz, Bußgeldstelle, Sozialplanverfahren und Bestandserwerb sind die wichtigsten Instrumente.

Die Situation in Berlin in Sachen Mieten ist gravierend. Wer umzieht, findet kaum eine bezahlbare Wohnung. Die aktuelle Gesetzeslage ist so löchrig, dass viele Möglichkeiten der Spekulation und Entmietung bleiben.

Schlupflöcher für Spekulation und Mieltreiberei stopfen!

Ein Eigentümer nutzt die Ausquartierung der Mieter*innen nach einem Brand, um sie zu entmieten. Das Haus wird aufgeteilt. Die Bausubstanz soll erneuert und modernisiert werden. Einigen Mieter*innen wird aus wirtschaftlichen Gründen gekündigt. Das Bezirksamt kann rechtlich nur den Planungs- und Baufortschritt kontrollieren. Kritik am Vorgehen der Eigentümer wird dem Bezirksamt gerichtlich untersagt.

Ein anderer Fall: Nach dem Erwerb eines Hauses werden zahlreiche Wohnungen entmietet. Der Eigentümer beantragt das Haus in Eigentumswohnungen aufzuteilen – wegen Unwirtschaftlichkeit. Das Bezirksamt prüft, die Genehmigung nicht zu erteilen, da es davon ausgeht, dass die Unwirtschaftlichkeit durch Entmietung herbeigeführt wurde.

Ein Eigentümer setzt nach langem Rechtsstreit gegen das Bezirksamt eine Baugenehmigung durch. Er be-

teuerte ein besonderes Projekt für den Kiez umsetzen, doch dann verkauft er das Grundstück. Der Bezirk prüft jetzt das Vorkaufsrecht, um möglichst einen Anteil an bezahlbaren Wohnungen festzuschreiben.

Bevor ein Wohngebäude abgerissen wird, wird es an Familien aus Rumänien vermietet. Als der Neubau fertig geplant ist, beginnt gegen sie eine teils rabiate Entmietungsstrategie. Das Bezirksamt muss den Abriss genehmigen, leitet aber ein Sozialplanverfahren ein – einige Familien können in den Neubau zurückkommen – niemand landet auf der Straße.

Diese Fälle zeigen, dass die Gesetzeslage eine Mitschuld am Raubbau am Immobilienmarkt hat. Daher habe ich eine zentrale Bußgeldstelle eingerichtet, die Ordnungswidrigkeitsverfahren aus den Bereichen Milieuschutz, Wohnungsaufsicht, Bauaufsicht und Denkmalschutz bündelt. Eine Handreichung zur Anwendung des Wirtschaftsstrafrechts (Paragraf 6) ist in Arbeit.

Schon heute ist Eigenbedarfskündigung der häufigste Grund für den Verlust einer Wohnung. Gerade in den Altbauquartieren dürften fast die Hälfte der Häuser in Eigentumswohnungen aufgeteilt sein. Zwar unterbindet der neue, aber nur temporäre Paragraf 250 im Baugesetzbuch die weitere Aufteilung, doch für viele

Menschen kommt diese Regelung zu spät. Durch eine Zusammenarbeit mit der Initiative „200 Häuser“ wollen wir bis 2023 Strategien entwickeln, um Wohnraum in aufgeteilten Häusern zu sichern und Menschen vor Verdrängung zu schützen.

Her mit dem Vorkaufsrecht!

Nach dem vorläufigen Aus des Vorkaufsrechts in Milieuschutzgebieten 2021 hat das Bezirksamt ein Konzept für den verstärkten Ankauf von Häusern durch gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen entwickelt, das bereits einige Mieter*innen vor Spekulation schützen konnte. Aber das Land Berlin muss die Förderung von Ankäufen schnell ausbauen. Seit der Wahl 2022 wurden zudem die Milieuschutzgebiete erneut erweitert, so dass jetzt 87 % der Menschen vor Luxusmodernisierung geschützt sind.

„Die Häuser denen, die drin wohnen“, das ist unser ambitioniertes Credo. Mit dem Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ haben die Berliner*innen ein klares Votum für eine nachhaltige Eigentumsstruktur abgegeben. Im Bezirk wollen wir dafür unseren Beitrag leisten.

■ Florian Schmidt,
Stadtrat für Bauen, Planen und
Kooperative Stadtentwicklung

Das Wohnungsbündnis - eine Luftnummer

Seit Juni gibt es das „Bündnis für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen“ des Senats mit den Landeseigenen Wohnungsunternehmen, dem BBU -Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen sowie großer privater Wohnungsunternehmen wie Vonovia und Adler. Dabei wurden Mieter*innenschutzmaßnahmen und Neubauziele beschlossen. Wenn man allerdings einen Blick hinter die Kulisse wirft, muss man feststellen: Das Wohnungsbündnis bleibt uns Transparenz und echte Ergebnisse schuldig. Es gibt weder Zahlen zur Erfüllung von WBS-Quoten bei der Neuvermietung, noch ein Wohnungstauschportal. Es gibt keine Aussage zur abgesenkten Kappungsgrenze bei Mieterhöhungen, oder zur Einhaltung der sozialen Härtefallregelung. Es gibt keine verbindlichen Neubauzahlen pro Wohnungsunternehmen und von geförderten Wohnungen ist gar keine Rede. Ganz zu schweigen von Kontrollen oder gar Sanktionen, falls Maßnahmen durch die Wohnungsunternehmen nicht eingehalten werden. Alles findet „eigenverantwortlich“ statt.

Lediglich die Landeseigenen Wohnungsunternehmen liefern konkrete Ergebnisse. Diese erhalten bereits seit 2014 soziale politischen Vorgaben durch die sog. Koopera-

tionsvereinbarung mit dem Senat. Dadurch leisten sie seit Jahren einen zentralen Beitrag zur sozialen Wohnraumförderung. Der Senat verweist auf die Landeseigenen Wohnungsunternehmen bezüglich eines Mietestopps (Nettokaltmiete) und eines Kündigungsmoratoriums, und hat aber wohl nichts unternommen, um Private dafür zu gewinnen bzw. davon zu überzeugen. Bisher ist nicht bekannt, dass es freiwillig eine nachvollziehbare Senkung von Betriebs-/Nebenkosten gab wie im Bündnis angekündigt. Auch keinerlei Transparenz bei den Nebenkostenabrechnungen bisher laut einiger Mieter*innen, die sich bei mir gemeldet haben. Das Bündnis scheint eine politische Luftnummer zu sein, weil es keinerlei Verbindlichkeiten gibt, auf die sich Mieter*innen berufen können. Das Wohnungsbündnis ersetzt keine Wohnraumschutzgesetze und sorgt nicht für eine spürbare Entlastung der Mieter*innen. Stattdessen bräuchten wir ein Bündnis mit den großen und den kleinen Genossenschaften, sind sie es doch, die keine Häuser verkauft haben und die niedrigsten Mieten vorweisen. Sie könnten beim bezahlbaren Neubau und der Sicherung von Wohnraum eine viel größere Rolle spielen.

■ Katrin Schmidberger

Chancengerechtigkeit von Anfang an



Seit 2011 darf ich Teil der Grünen Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus sein. In meiner Rolle als Sprecherin für Familie und Bildung, aber auch in meinem Wirken im Wahlkreis, stellt Gerechtigkeit das Leitbild meiner Arbeit dar.

Jeder einzelne Schulplatz in dieser Stadt, um den wir kämpfen, ist ein Beitrag zu Chancengerechtigkeit, denn jedes Kind, egal wie lange es schon bei uns lebt und wo es herkommt, muss einen Zugang zu Bildung und damit zu früher Selbstwirksamkeit und einer lebenswerten Zukunft erhalten. Auch in meinem Wahlkreis diskutieren wir Grundlagen der Chancengerechtigkeit, zum Beispiel in den Debatten zur Verteilung des öffentlichen Raumes und zu Maßnahmen der Verkehrssicherheit. Kinder, die sich aus Gründen einer gefährlichen Verkehrssituation erst spät selbstständig und allein in ihren Kiezen bewegen können, verpassen Möglichkeiten der Entfaltung und Interaktion.

Ressourcenverteilung als Schlüssel zu Chancengerechtigkeit

Chancengerechtigkeit bildet sich in der Verteilung der vorhandenen Ressourcen ab. Ich bin immer auf der Suche nach Wegen, die uns als Gesellschaft näher an die faire Verteilung der vorhandenen Ressourcen bringen. Spätestens seit dem Angriffskrieg auf die Ukraine ist uns schmerzhaft bewusst geworden,



Marianne Burkert-Eulitz

Foto: Anna Fiolka

dass Ressourcen nicht unendlich sind. Deshalb prüfe ich in meinen Arbeitsbereichen jede Entscheidung auf einen möglichst schonenden Umgang damit. Ob die Photovoltaik-Anlage auf dem Schuldach, die fußgänger*innenfreundliche Schulzone oder das Vermitteln von Inhalten der Umweltbildung: Verkehrs- und Energiewende spielen auch in der bildungspolitischen Welt eine Rolle.

Eine Chance für jedes Kind

Aber auch die Ressource Arbeitskraft bedarf in diesem Feld eines umsichtigen und klugen Umgangs. Nicht nur in Zeiten des Fachkräftemangels müssen Pädagog*innen unterstützt und wertschätzend behandelt werden. Deshalb kämpfe ich für gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen. Jeder Mensch, der Verantwortung dafür übernehmen möchte, die zukünftige Generation zu begleiten, soll dafür die besten Chancen und Möglichkeiten vorfinden.

Ich kämpfe dafür, dass starke Eltern, mit Kraft und Ressourcen, ihre Kinder sicher durchs Leben begleiten können. Denn die Ausgangsbedingungen, mit denen Kinder ins Leben

starten, sind auch in unserer Stadt nicht gleich. Gerechtigkeit bedeutet hier, einen Ausgleich zu schaffen und allen Kindern einen Zugang zu Bildung und Freizeitgestaltung, zu sozialem Austausch und Sport zu ermöglichen.

Schulbau und Schulsanierungen im Fokus

Gemeinsam mit meiner Fraktion engagieren wir uns gegen Familienarmut, treiben Prozesse der Inklusion voran, fördern Schulbau- und Schulsanierungen und räumen dem Kinderschutz einen festen Platz in allen Bereichen ein. Wir haben in den letzten Jahren viel geschafft: Kitaplätze ausgebaut, Gemeinschaftsschulen etabliert, ein Jugend- und ein Familienfördergesetz beschlossen. Aber es gilt noch vieles weiterzuführen und neue Impulse zu setzen. Denn Chancengerechtigkeit brauchen wir jetzt mehr denn je! Dafür möchte ich weiterkämpfen und bitte am 12.02.2023 um Eure/Ihre Stimme.

■ Marianne Burkert-Eulitz, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Der Schüler*innen-Haushalt: Ein Impuls für Demokratie und Mitgestaltung

Schule als streng hierarchisches System hat ausgedient. Das wissen alle. Doch wie können demokratische und partizipative Strukturen an Orten initiiert werden, an denen Selbstbestimmung und Eigenverantwortung vor nicht langer Zeit noch Fremdwörter waren?

Wie können Kinder Verantwortung übernehmen, und lernen, Entscheidungen für sich, aber auch im Sinne der Gemeinschaft zu treffen? Was macht es langfristig mit Kindern, wenn sie ermutigt werden, ihren eigenen Interessen nachzuforschen und diese zu formulieren? Wenn sie für das Vorhandensein von unterschiedlichen Standpunkten sensibilisiert werden? Und wenn ihnen die Möglichkeit gegeben wird, ihr Umfeld zu gestalten?

Diesen Fragen geht das Projekt „Schüler*innenHaushalt“ nach. Unter der Leitung der Servicestelle Jugendbeteiligung e. V. können aktuell an 126 Standorten Schüler*innen den Wert und das Wesen von Partizipation und Demokratie erleben. Vier davon befinden sich seit diesem Jahr auch in unserem Bezirk. Mindestens drei der vier Schulen planen in ein zweites Projektjahr zu gehen. Alle vier Schulen haben das Projekt als eine Bereicherung in ihrem Schulalltag empfunden. Doch was genau passiert, wenn sich eine Schule um eine Beteiligung am Projekt bewirbt und dafür die Zusage bekommt?

Eine Hüpfburg als Ergebnis des Beteiligungsprozesses

Den Schüler*innen der vier ausgewählten Schulen stehen in diesem Jahr 2.250 Euro zur Verfügung. In fünf Phasen entscheiden sie, wofür das Geld ausgegeben wird. Vor Ort organisiert ein gewähltes Planungsteam mit mindestens einer Begleitperson die Sammlung und die formale Prüfung der Ideen, einen möglichen Wahlkampf und am Ende die Abstimmung unter allen Schüler*innen der Schule. Alle Schüler*innen sollen

möglichst breit in den Prozess mit eingebunden werden und die Möglichkeit erhalten, ihre Vorstellungen davon, was der Schulgemeinschaft den größten Nutzen bringen könnte, einzubringen. Für das Planungsteam und die Begleitung werden u. a. die Teilnahme an Workshops der Servicestelle Jugendbeteiligung zu demokratischen Prozessen und zur Verankerung des Projekts an ihren Schulen angeboten. Höhepunkt des Projektes neben der Umsetzung der Wahl ist, wenn das Geld anschließend ausgegeben wird und der neue Besitz Einzug in die Schule hält. So hat sich zum Beispiel die Blumen-Grundschule im Friedrichshain für die Anschaffung einer Hüpfburg entschieden, die nun einmal wöchentlich für alle Kinder zum Austoben in den Pausen aufgebaut wird.

Das Gemeinschaftsgefühl stärken

Begleitet von mindestens einer erwachsenen Person, unterstützt von der Schulleitung und im regelmäßigen Austausch mit den Mitarbeitenden des Projekts „Schüler*innenHaushalt“ erlangen Schüler*innen auf diesem Weg die Fähigkeiten und Kompetenzen, sich für eigene und gesellschaftliche Anliegen einzusetzen. Sie erleben Möglichkeiten der Mitsprache und Mitgestaltung. Im Prozess wird das Gemeinschaftsgefühl gestärkt und die Verbundenheit miteinander intensiviert.

Nach erfolgreichem Abschluss des ersten Projektjahres haben die Schulen nun die Möglichkeit, dieses weiterzuführen und in die Verstärkungsphase zu gehen. Die Schulgemeinschaft übernimmt zu-

nehmend eigenverantwortlich die Organisation des fünfphasigen Auswahlprozesses. So wird dieses demokratisch-partizipative Element immer mehr im Schulalltag verwurzelt.

Das Projekt „Schüler*innen-Haushalt“ wird aktuell über den Berliner Landeshaushalt finanziert. Es werden Mittel für die pädagogische Begleitung der Schulen durch die Mitarbeitenden des Projekts, sowie in diesem und im kommenden Jahr für die an den Schulen auszugebenden Investitionsgelder in Friedrichshain-Kreuzberg zur Verfügung gestellt.

Finanzierung und Ausblick

Inwiefern das Projekt auch in den nächsten Haushaltsverhandlungen des Landes berücksichtigt werden kann oder ob eine stärkere finanzielle Beteiligung der Bezirke oder Schulen notwendig wird, ist noch ungewiss. Für uns ist klar, dass das Projekt „Schüler*innenHaushalt“ ausgeweitet und vor allem verstetigt werden muss. Denn die Beteiligung der Schüler*innen an grundlegenden Entscheidungen der Schulen und der Aufbau von partizipativen Strukturen ist uns im Sinne einer Erziehung zu Demokratie und Mündigkeit ein wichtiges Anliegen. Für mehr Demokratie in Schule brauchen wir zukünftig einen „Schüler*innenHaushalt“ an jeder Schule.

■ Olja Koterewa und Vito Dabisch, Bezirksverordnete

Familie und Bildung zusammen denken

Die bildungspolitische Bedeutung von Familie für ein chancengerechtes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen wird insbesondere in der Schule noch viel zu häufig unterschätzt.

Schule verbindet Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichen Lebenslagen. Mit dieser Unterschiedlichkeit umzugehen, ist im System Schule schwer. Der Zwang nach Homogenität durch Prüfungen, Abschlüsse und dem Erreichen von Standards sowie fehlende Fachkräfte und damit einhergehend fehlende Zeit und Ressourcen stehen der Einbindung von Familien an Schulen entgegen.

Nach dem PISA-Schock hat der wissenschaftliche Beirat für Familienfragen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) bereits 2002 ein Gutachten herausgegeben. Es darf nicht nur um innerschulpolitische Fragen des Lernens gehen. Wir müssen die Erkenntnis, dass die ersten drei Lebensjahre eines Kindes die entscheidendsten für seine Entwicklung sind, für die gesamte Zeit des Aufwachsens mitdenken und in den jeweiligen Bildungsinstitutionen verankern. Denn Kinder und Jugendliche lernen immer, egal an welchem Ort sie sich befinden. Die Familie lässt sich davon nicht abgrenzen.

Zusammenarbeit zwischen Familie, Schule, Kinder- und Jugendhilfe

Jede Familie hat andere Fähigkeiten und Möglichkeiten, ihre Kinder mit den gesellschaftlich relevanten Grundlagen auszustatten, sie auf der für sie besten Bildungslaufbahn zu unterstützen. Alle Bildungsorte müssen immer fehlende Chancen ausgleichen. Daher ist die wertschätzende Anerkennung von Eltern durch pädagogische Fachkräfte in den Institutionen wichtig. Das funktioniert in der Schule oft nicht. Dies zu ändern und politisch weiterzuentwickeln ist mein Ziel. Am 12.12.2022 veranstaltete ich das Fachgespräch „Familie und Bildung – zusammen denken“. Mit Expert*innen der Fami-

lien- und Elternarbeit habe ich online und vor Ort im Abgeordnetenhaus über Elternempowerment, Strukturen, Kommunikation und Chancengerechtigkeit diskutiert.

Demokratisierung und Antidiskriminierung in der Schule

Wir waren uns einig, dass aufgrund der vorhandenen Machtstrukturen in Schulen die Vorherrschaft von Vorurteilen, fehlendes Wissen oder Überforderung befördert werden und damit Chancen verbaut werden können. Elternbegleitung als Erziehungspartnerschaft auf Augenhöhe kann das ändern.

Die Koalition will konkrete Möglichkeiten der Beteiligung am schulischen Alltag ausbauen. Wir haben die Schüler*innen-Haushalte und Projekte der Demokratieförderung gestärkt. Auch Elternarbeit, Familienförderung und frühkindliche Bildung mit Projekten wie Griffbereit, Rucksack, Hippie und Kitasozialarbeit, die vor allem Mehrsprachigkeit fördern.

Vorurteile und Diskriminierung liegen nah beisammen. Betroffene Personen können sich in Friedrichshain-Kreuzberg an die Anlauf- und Fachstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen und Kitas wenden. Aus den Haushaltsverhandlungen des Bezirks konnte diese Stelle mit zusätzlichen 20.000 Euro/Jahr gestärkt werden.

Diese Projekte stärken meine Position, dass Schule lernen muss, Kinder nicht losgelöst von ihrer familiären Lebenswelt zu sehen und Eltern als Bildungspartner anzuerkennen. Alle gemeinsam können wir den Kiez in die Schule holen und damit Chancengerechtigkeit für alle Kinder nachhaltig erhöhen.

■ Marianne Burkert-Eulitz, Mitglied des Abgeordnetenhauses

**Kandidat
im Wahlkreis 3**

Diese wissenschaftliche Erkenntnis deckt sich mit den Erfahrungen des Alltags: T-Shirt bei 25 Grad im Oktober, die fehlende Erinnerung an den letzten Regen, die willkürlichen Wetterumschwünge. All dies sind Vorzeichen einer Zeit, die uns vor Herausforderungen stellen wird, wie wir sie noch nicht kannten und bisher auch nur erahnen.

Die schiere Wucht der Klimakrise ist in Grundzügen bereits greifbar, aber leider im politischen Handeln, vor allem bei den anderen Parteien, noch nicht in Gänze angekommen. Für uns Grüne bedeutet dies auch, dass wir immer wieder Kompromisse – einem Wesenskern der Demokratie – vertreten müssen, bei denen wir der Überzeugung sind, dass sie keine ausreichenden Antworten bieten. Dies werden wir in den kommenden Wochen auf der Straße spüren und ich wünsche uns allen hierfür die nötige Ruhe und Geduld.

Es gilt aber auch, selbstbewusst auf das bisher Erreichte zu verweisen. Seit 2016 haben wir in Berlin beispielsweise im Bereich des Natur- und Umweltschutzes, der Umwelt- und Naturbildung und der Ernährungswende mit grüner Handschrift zahlreiche Projekte umgesetzt:

- Wir stellen deutlich mehr Finanzmittel für den Natur- und Umweltschutz zur Verfügung. Seit 2016 haben wir die Finanzmittel von 142 Mio. Euro auf 274 Mio. Euro erhöht
- Wir finanzieren Klimaanpassungsmaßnahmen – hierzu werden u. a. 30 Mio. Euro für Entsiegelung ausgegeben
- Wir haben im Koalitionsvertrag die Netto-Null-Versiegelung bis 2030 erstritten
- Wir investieren massiv in den Baumschutz (Verdopplung der Finanzmittel pro Jahr und Baum), das Stadtgrün und die Berliner Wälder (Umbau zu Mischwäldern)
- Wir haben die Natur- und Umweltbildung in allen Bezirken deutlich gestärkt (Berlin belegt im Vergleich mit anderen Bundesländern einen Spitzenplatz bei den Ausgaben in diesem Bereich)
- Wir schützen Bienen und Co. besser (seit 2018 haben wir eine sogenannte Bestäuberstrategie, die umgesetzt wird)
- Wir haben eine Ernährungsstrategie entwickelt und die Finanzmittel in den letzten Haushaltsberatungen nochmal deutlich erhöht

Die grüne Handschrift

Einen Satz liest man in den letzten Monaten und Jahren immer häufiger in der Presse: „Seit Beginn der Wetteraufzeichnungen“. Dieser Satz folgt meist auf die Beobachtung, dass ein Monat oder ein Jahr noch nie so trocken oder heiß war.



Turgut Altug

Foto: Sedat Mehder

- In jedem Bezirk gibt es mittlerweile mindestens einen LebensMittel-Punkt
- Die Kantine Zukunft sorgt mit Schulungen und Beratungsangeboten für gutes Essen in öffentlichen Kantinen, Schulen und Kitas
- Deutlich mehr Personal in der Hauptverwaltung (ein Erfolg, der nicht überschätzt werden kann – für den Umbau der Stadt braucht es gute und fähige Leute, die dies planen)

All diese Beispiele sind gegen teilweise massive Widerstände von uns durchgesetzt worden. Damit in den kommenden Jahren die politischen Kompromisse noch deutlicher die grüne Handschrift tragen, brauchen wir auch den Wechsel im roten Rathaus. Als Euer Direktkandidat im Wahlkreis 3 stelle ich mich daher bei der notwendig gewordenen Wiederholungswahl erneut zur Wahl und bitte um Eure Unterstützung. Im Februar zählt's: Zeit für Grün!

■ Dr. Turgut Altug,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Die Schwammstadt von morgen

Pop-up Entsiegelung soll Friedrichshain-Kreuzberg helfen, sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen und zur Flächengerechtigkeit beizutragen. Durch ein klares Ziel: jährlich zwei Prozent der Autoparkplätze entsiegeln

Fast 70 % von Friedrichshain-Kreuzberg liegt unter Steinen, Asphalt oder Beton. Damit ist in unserem Bezirk doppelt so viel Boden versiegelt wie Berliner Durchschnitt. Das hat Folgen, denn durch den Klimawandel heizen sich Innenstädte immer mehr auf. Die vielen grauen Flächen in unserer Stadt verstärken diesen Effekt. Anstatt Hitze aufzunehmen, geben sie sie an die Umgebung ab. In den nächsten Jahren müssen schätzungsweise 1000 Bäume pro Jahr gefällt werden, weil sie der Hitze und Dürre nicht standhalten. Das liegt auch daran, dass es zu wenig freien Boden gibt, der Regenwasser speichert und die Bäume bei anhaltender Dürre versorgt.

Die Stadt von morgen als Schwamm

Genau hier setzt die Idee der so genannten „Schwammstadt“ an. Entsiegelter Boden kann Regenwasser wie ein Schwamm aufsaugen, um Stadtgrün bei anhaltender Hitze länger zu versorgen. Da das Regenwasser nicht mehr in die Kanalisation abfließt, sinkt auch die Gefahr von lokalen Überschwemmungen. Zusätzlich reduzieren begrünte Flächen den Hitzeinsellekt, nehmen mehr CO₂ auf und tragen zur Grundwasserneubildung bei. Grünflächen binden außerdem Feinstaub, sodass die Luft sauberer wird. So schützen wir auch die unter uns, die unter der Hitze und schlechter Luft besonders leiden, wie ältere Menschen, Kinder und Menschen mit chronischen Erkrankungen.

Wir fordern deshalb, dass jährlich zwei Prozent der rund 50.000 Parkplätze entsiegelt werden. Das sind fast 1000 Parkplätze pro Jahr. Unser Antrag, der aktuell im Bezirksparlament diskutiert wird, verfolgt dabei den Ansatz der Pop-up Entsiegelung. „Pop-Up“ weil Entsiegelungen möglichst einfach, pragmatisch und

kostengünstig, z. B. im Rahmen von Verkehrsmaßnahmen, vorgenommen werden sollen. Die Entsiegelung soll sich dabei auch an Umweltgerechtigkeitskriterien des Landes orientieren.

Natürlich soll es weiterhin Bedarfe für Parkplätze geben – gerade für Lieferverkehr oder Menschen mit Mobilitätseinschränkung. Bestehende Stellplätze könnten jedoch beispielsweise mit Mosaiksteinbelag teilentsiegelt werden.

Entsiegelung von Parkplätzen: eine Frage der Flächengerechtigkeit

Übrigens passen wir uns dabei den Bedarfen unserer Bewohner*innen an: Laut der Studie „Mehr Grün für Friedrichshain-Kreuzberg“ besetzt das Auto 58 Prozent der öffentlichen Fläche. Und dass, obwohl Xhainer*innen deutlich seltener ein Auto besitzen als der Rest der Berliner*innen und nicht einmal jeder fünfte Weg mit dem Auto zurückgelegt wird. Fußgänger*innen und Radfahrer*innen nutzen deutlich weniger Fläche, obwohl die meisten Wege in unserem Bezirk zu Fuß oder Rad zurückgelegt werden. Von mehr Grünflächen profitieren wiederum alle. Den öffentlichen Raum umzugestalten ist also auch eine Frage der Flächengerechtigkeit.

Der freiwerdende Platz kann genutzt werden, um unsere Kieze zukunftsgerichtet und lebenswert umzugestalten und uns an die Folgen des Klimawandels anzupassen: Grünstreifen, Hochbeete, Pocketparks, Parklets sowie Fahrradstellplätze und Sharing-Mobilitätsangebote. Wir wissen, das ist ein ambitioniertes Ziel. Aber die Klimakrise steht vor der Tür und wir müssen lernen, damit umzugehen. Unsere Vision ist ein lebenswertes Friedrichshain-Kreuzberg voller grüner Oasen, guter Luft und Aufenthaltsqualität für alle.

■ Julie Richier, Bezirksverordnete

O-Platz wird 10 - Baustelle Migration

Vor 10 Jahren wurden der Oranienplatz und die Gerhart-Hauptmann-Schule Geflüchteten überlassen, was zu einer Besetzung über Jahre führte. Anlässlich des 10. Jubiläums der Proteste organisierte der International Women* Space, der in der Gerhart-Hauptmann-Schule gegründet wurde, mit damaligen Aktivist*innen und in Kooperation mit dem Bezirk ein Kunst- und Kulturfestival.

Ein Abend im Oktober. Hunderte Menschen ziehen zum Oranienplatz in Kreuzberg. Schnell füllt sich der Platz, dann auch die Grünflächen. Herbeigerufene Polizei sperrte die Straßen, es sind mittlerweile tausende Menschen. Sie alle warten auf eine Rednerin. Es ist das Jahr 2012 und schließlich beginnt Angela Davis auf der fünfjährigen Jubiläumsveranstaltung "O-Platz wird 10 - Baustelle Migration" ihr Ansprache.

Im Jahr 2012 beginnt ein Fußmarsch von Asylsuchenden von Würzburg nach Berlin. Er rückt die absurden Regelungen wie Residenzpflicht, Gutscheinsystem, Unterbringung in lagerähnlichen Unterkünften oft abseits von Ortschaften oder das Arbeits- und Lernverbot bundesweit in den Fokus der Debatte. Der Marsch

endet im Oktober in Berlin Kreuzberg. Es folgen Demonstrationen, Hungerstreiks und öffentlichkeitswirksame Besetzungen. Der Oranienplatz und die Gerhart-Hauptmann-Schule werden das Zentrum der deutschen selbstorganisierten Geflüchtetenproteste. und damit zum Symbol der gescheiterten Asylpolitik.

Anfang 2014 erzielte die rot-schwarze Landesregierung nach langen Verhandlungen eine Übereinkunft mit den Geflüchteten. Sie sollten von selbst die Besetzungen beenden, dafür sollten ihnen ein legaler Aufenthalt ermöglicht werden. Der Berliner Senat erfüllte ihre Zusagen in den folgenden Monaten und Jahren nicht. Im April 2014 folgte die Räumung des Oranienplatz und im Juni nach tagelanger Polizeibelagerung die Beendigung der

Besetzung der Gerhart-Hauptmann-Schule. Die finale Räumung der letzten 23 Menschen erfolgte allerdings erst Anfang 2018.

Diese Proteste veränderten die Diskussion über Migration und Flucht in Deutschland. Einige Forderungen wurden umgesetzt, z.B. die Änderungen bei der Residenzpflicht, wie auch die Abschaffung des Gutscheinsystems. Der Oranienplatz blieb ein Symbol. Die Bewegung hat nicht aufgehört.

Für all jene, die das Festival verpasst haben gibt es Videodokumentationen, die ab Frühjahr 2023 im FHXB-Museum zu sehen sein werden.

■ Karl-Heinz Garcia Bergt,
Bezirksverordneter

Basta-Politik statt Beteiligung

Über den Köpfen der Kreuzberg*innen soll sie thronen und über die Köpfe der Akteur*innen vor Ort hinweg wurde sie entschieden. Statt auf Beteiligung setzt SPD-Innensenatorin Iris Spranger auf ein Machtwort: Die Kotti-Wache soll im Februar 2023 eröffnet werden.

Seit bekannt wurde, dass die Senatsinnenverwaltung eine Polizeiwache am Kottbusser Tor im Neuen Kreuzberger Zentrum (NKZ) plant, begannen die Diskussionen. Wer mit den Menschen vor Ort ins Gespräch kommt, stellt fest: Die Situation ist zu komplex für Basta-Politik. Wir forderten daher einen Runden Tisch mit Akteur*innen vor Ort, Anwohnenden, Initiativen, Zivilgesellschaft, Gewerbetreibende und dem Bezirk zur Kotti-Wache abzuhalten.

Nach langen Verzögerungen war es im Oktober soweit: Der Runde Tisch zur Kotti-Wache sollte in der Senatsinnenverwaltung stattfinden. Doch sowohl die Fraktionen im Bezirksparlament als auch wichtige zivilgesellschaftliche Akteur*innen fehlten auf der Einladungsliste. Auch inhaltlich zeigte sich schnell, dass es sich bei dem Treffen in der Senatsinnenverwaltung nur um einen Auftakt handeln kann.

Klar ist: Die Polizeiwache allein kann es nicht sein. Die Sicherheit, Lebens- und Aufenthaltsqualität am Kotti muss mit einem Bündel aus städtebaulichen, verkehrlichen und sozialen Maßnahmen verbessert werden. Müll tut der Bezirk schon einiges. So gibt es regelmäßige Präventionsrunden der Verwaltung und Strategietage unter Einbeziehung unterschiedlicher Akteur*innen. Das im März eröffnete Gesundheits- und Sozialzentrum wird gut angenommen und entspannt die Situation vor Ort. Trotzdem gibt es noch viel zu tun: Die aufsuchende Sozialarbeit und die Gesundheitsangebote der Suchthilfe und des Drogenkonsumraums müssen ausgebaut werden. Müll muss besser entsorgt und reduziert und der Kotti durch Begrünung und Entsiegelung klimafreundlich umgestaltet werden.

Neben Polizeipräsenz geben auch eine bessere Verkehrssituation, Beleuchtung und Sauberkeit Sicherheit im öffentlichen Raum. Zudem zeigen

Studien: Wenn Menschen sich kennen und das Gefühl haben, dass im Zweifel aufeinander aufgepasst wird, entsteht „vertraute Öffentlichkeit“. Das trägt massiv zum Sicherheitsgefühl bei. Wir müssen also auch den Kiez und die Zivilgesellschaft stärken, damit sich Menschen am Kotti wohl fühlen. Ebenso müssen wir dafür sorgen, dass Menschen nicht aus ihrem Kiez verdrängt werden und die Kreuzberger Mischung – auch bei den kleinen Gewerbetreibenden – erhalten bleibt.

Initiativen, die sich seit Jahren für den Kotti einsetzen, stößt die Innensenatorin mit ihrer Basta-Politik vor den Kopf. Sie werden nicht eingebunden, ihre Forderungen und Sorgen nicht gehört. Ohne Akzeptanz wird eine Polizeiwache keinen Mehrwert bringen. Der Kotti ist mehr als ein „Kriminalitätsschwerpunkt“. Er ist Lebensmittelpunkt und Zuhause vieler Menschen in unserem Bezirk.

■ Silvia Rothmund,
Bezirksverordnete

Ohne Bullerbü wird's nix

Eine Wiederholungswahl nach 17 Monaten ist ärgerlich, besonders weil sie vermeidbar gewesen wäre. Allerdings wissen wir nach 17 Monaten auch, wo es gilt, nochmal genauer hinzuschauen und politische Schwerpunkte zu schärfen.

Frühzeitig wurde gewarnt, dass das Verwaltungs-System nicht gut funktioniert und als Bürgermeister*innen hatten wir dringlich darum gebeten, den Marathon nicht auf den gleichen Sonntag wie die Wahl zu legen. Doch in der Klosterstraße (dem Dienstsitz des Innensensors) meinte man es besser zu wissen. Das Desaster kam, das Gericht entschied und nun gibt es also am 12.2.23 eine Wiederholungswahl.

Veränderte Realitäten: Krieg und Klimakrise

Durch den russischen Angriff auf die Ukraine sind viele Menschen nach Berlin geflohen. Sie brauchen Unterkünfte, Kita- und Schulplätze und Arbeit. Der Krieg hat aber auch unsere Abhängigkeit bei der Energieversorgung ins Bewusstsein rücken lassen. Jetzt fällt es der Republik auf die Füße, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht nur nicht vorangebracht worden ist, sondern 16 Jahre lang von der CDU/CSU bewusst blockiert wurde.

Die Klimakrise hat den vierten extrem trockenen Sommer in Europa zur Folge gehabt. Das schadet nicht nur Flora und Fauna auch in unserem Bezirk, wo bereits tausende Bäume stark geschädigt sind. Es schadet auch der Landwirtschaft. Die herkömmliche Landwirtschaft hat seit Jahren schwer zu kämpfen und Erntereduzierungen durch Dürre und Hitze zu erleiden.

Sowohl die Klimakrise als auch die Energiekrise haben steigende Preise zur Folge. Menschen, die schon vorher jeden Cent zweimal umdrehen mussten, wissen kaum noch, wie sie über den Monat kommen können. Das sogenannte Bürgergeld ist eindeutig zu gering und wurde von der CDU auch noch verschärft. Die Bundesregierung und die Landesregierung haben zwar diverse sogenannte Entlastungspakete und eine Mindestloohnerhöhung beschlossen, um Härten abzufedern. Als Abgeordnete sehe ich es auch als meine Aufgabe an, zu kontrollieren, dass die Gelder dort ankommen, wo sie tatsächlich gebraucht werden, und es ist zu überprüfen, was so angepasst werden muss, dass es auch wirksam ist.

Weiterhin werden wir Grünen dafür kämpfen, endlich den Mietenspekulationsmarkt in den Griff zu kriegen. Ich erwarte von der Bundesbauministerin diesbezüglich mehr Aktivitäten. Das unwürdige politische Schmierentheater der SPD zum Umgang mit dem Volksentscheid DW-Enteignen muss ein Ende haben.

Verkehrswende jetzt!

Wir konnten uns in den letzten Monaten anschauen, wie SPD, CDU und FDP eine 70er-Jahre-Allianz gebildet haben. Besonders bei der dringend notwendigen Verkehrswende bekämpfen sie entweder im Bezirk



Monika Herrmann

Foto: Kilian Vitt

Kandidatin im Wahlkreis 4

oder auf der Landesebene jede Entscheidung, jedes Konzept und jede Maßnahme. Wenn jede*r mit dem Verkehrsmittel seiner Wahl von A nach B kommen soll, meinen sie eben nicht, dass für Zufußgehende und Fahrradfahrende die Infrastruktur weiter ausgebaut werden soll. Und wenn sie von Miteinandern und nicht Gegeneinander sprechen, meinen sie nicht, dass der öffentliche Raum neu aufgeteilt werden soll. Sie meinen – und so handeln sie auch politisch: Keine Einschränkung für den motorisierten Verkehr. Die SPD-Innensensorin überschlägt sich in Bestrafungsfantasten von Klimaaktivist*innen statt sich um die Sicherheit von Verkehrsteilnehmenden zu kümmern. Die Polizei muss in Berlin endlich die Straßenverkehrsordnung durchsetzen, damit alle sicher – egal mit welchem Verkehrsmittel – an ihr Ziel kommen können.

Entsiegelung, Kiezblöcke, Schulstraßen, Parkplatztransformation, Tempolimit: All das wird als Bullerbü stigmatisiert. All das brauchen wir aber im Bezirk und in Berlin, um die Stadt überlebensfähig in der Klimakatastrophe zu halten. Die sogenannte Zeitenwende braucht entsprechend angepasste Politikentscheidungen und Instrumente. Diese liegen auf dem Tisch. Mit dem Grünen Rathaus kommen sie auch auf die Straße.

■ Monika Herrmann

Gutes Hochhaus, schlechtes Hochhaus „Zur Sprache kommen ...

Dass der Bezirk selbst Hochhäuser plant, ist neu. Dafür gibt es gute Gründe. Viele Investor*innen machen sich nun Hoffnung, zum Zuge zu kommen. Umsonst. Denn es geht ums Gemeinwohl.

Als kürzlich Aktivist*innen auf dem Amazon-Tower an der Warschauer Straße mit einer Lichtkanone den Satz „The wrong Amazon is burning“ warfen, war das anarchistische Xhain in seinem Element. Ein Like auf Twitter hätte mir sicherlich eine FDP-Anfrage eingebracht. Nein, ich möchte das von meiner Behörde zähneknirschend genehmigte Bauwerk nicht brennen sehen. Aber das Projekt stammt aus einer anderen Zeit: kein bezahlbarer Mietraum, klimaschädliche Baustoffe, ein Machtsymbol eines digitalen Konzerns und eine Architektur, die nicht wie verabredet über ein Wettbewerbsverfahren entwickelt wurde. Meinem Vorschlag, das Projekt in Frage zu stellen, wollte die Senatsverwaltung unter Führung der Linken jedoch nicht folgen.

Bezahlbarer Wohnraum in die Höhe gedacht

Gibt es gute Gründe für Hochhäuser? Sind Hochhäuser problematisch? Der europäische Städtebau kennt nur Kirchen und Rathäuser als herausragende Bauwerke. Der moderne Städtebau hingegen sah in Hochhäusern Wohnmaschinen, die ein egalitäres Zusammenleben fördern. In Friedrichshain-Kreuzberg erstreckt sich entlang der Grenze zu Prenzlauer Berg und Mitte ein auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs errichtetes Hochhausband. Hier wohnt etwa ein Viertel der Menschen im Bezirk. Rund zwei Drittel der Wohnungen sind im Eigentum von landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften. Einige Wohnblocks wurden erst vor kurzem durch das Land erworben. Hochhäuser sind im Bezirk also das Rückgrat der sozialen Wohnversorgung. Auf der anderen Seite des Bezirks, entlang der Grenze zu Lichtenberg, Treptow, Neukölln und Schöneberg liegt ein Altbauhand. Hier gibt es nur wenige Hochhäuser, wie z. B. das Rathaus in der Yorckstraße, das Urban-Krankenhaus oder ein unscheinbares Wohngebäude

am Görlitzer Park. Der Beitrag zum Gemeinwohl war ausschlaggebend, trotz Altbau-Umgebung Hochhäuser zu ermöglichen.

Langer Schatten: Bürotürme mit Auswirkung

Bürohochhäuser im Bezirk gibt es insbesondere im rein kommerziell ausgerichteten Entertainment District rund um die Mercedes-Benz-Arena. Der Amazon-Tower mit seinen 140 Metern Höhe ist der Abschluss dieser Entwicklung. Sechs Bürohochhäuser unter dem Label „Urbane Mitte“ sollen entlang des Parks am Gleisdreieck entstehen. Beide Standorte basieren auf Planungen, die mittlerweile mehr als zehn Jahre zurückliegen. Sie werden von vielen als nicht mehr zeitgemäß angesehen. Denn: Die wuchtigen Bauten bieten keinen bezahlbaren Mietraum, dafür aber erhebliche ökologische Auswirkungen. Bedauerlicherweise liegen der Planung am Gleisdreieckpark städtebauliche Verträge zu Grunde. Wird das Baurecht verwehrt, drohen Bezirk und Senat erhebliche Entschädigungszahlungen. Dennoch hat die

Koalition auf Landesebene verabredet, dass das Projekt auf den Prüfstand gestellt wird. Es muss geklärt werden, ob es „den aktuellen klimapolitischen Aufgaben und den Bedarfen vor Ort noch gerecht wird“. Aktuell verweigert die von SPD-Senator Geisel geführte Senatsverwaltung jedoch, die Prüfung in angemessener Tiefe vorzunehmen.

Allen aktuellen bezirklichen Hochhausplanungen ging und geht ein jahrelanger Abwägungsprozess voraus. Denn Hochhäuser sind ein Eingriff in die Stadtgestalt und nur als besonderer Beitrag für das Gemeinwohl sollten sie ermöglicht werden. So schreibt es ein von mir 2019 eingebrachter Beschluss des Bezirksamtes fest. Zudem werden städtebauliche Konzepte für neue Hochhäuser mühsam durch Wettbewerb und Werkstattverfahren mit Bürgerbeteiligung erarbeitet. Nur wenn etwas Sinnvolles für die Menschen im Bezirk entsteht, kann das Bauen in die Höhe geboten sein.

■ Florian Schmidt, Stadtrat für Bauen, Planen und Kooperative Stadtentwicklung

Gute Aussicht: Pläne des Bezirksamts

In der letzten Legislatur wurden im Bezirksamt vier Hochhausplanungen auf den Weg gebracht: Auf dem Dragonerareal, in der Schöneberger Straße, der Warschauer Straße und Ostbahnhof.

In Kreuzberg:

- Wohnhaus (60 m) auf dem Dragonerareal, das von einer landeseigenen Gesellschaft errichtet werden soll
- Wohnhaus (100 m) an der Schöneberger Straße, das aus dem klimaschützenden Baumaterial Holz errichtet werden soll, mit einem Mix aus sozialem und genossenschaftlichem Wohnraum sowie Wohneigentum und gewerblichen Gemeinwohlfächen

In Friedrichshain

- Bürogebäude (70 m) am Ostbahnhof für Bürgeramt und Volkshochschule
- Bürogebäude (100 m) an der Warschauer. Dieser Büroturm ermöglicht es, bei der Entwicklung des RAW-Areals ein soziokulturelles Zentrum langfristig mit bezahlbaren Mieten zu erhalten und durch die Konzentration von Baumassee die Charakteristik des Geländes, mit seinen Clubs und Freiflächen, wenn auch transformiert, zu erhalten.

heißt zur Welt kommen“, schrieb einst ein berühmter französischer Philosoph. Die Bezirksverordnetenversammlung fordert nun in einer Resolution vom Senat und dem Abgeordnetenhaus, Deutschkurse für Geflüchtete nach dem Berliner Modell sicher zu stellen und zu finanzieren.

Damit sich geflüchtete Menschen im Alltag ihrer neuen Umgebung orientieren und am gesellschaftlichen Leben teilhaben, müssen sie Deutschkurse möglichst frühzeitig, barrierearm und kieznah beginnen können. Das ermöglichen die Berliner Volkshochschulen seit 2014 als verlässliche Partner des Senats. Über den „Berliner Weg“ bieten sie allen Geflüchteten frühzeitige abschlussorientierte Sprachförderung, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus oder Herkunftsland. Für die kostenlosen 1000 Deutschstunden brauchen Geflüchtete nur eine Berliner Meldebescheinigung, eine Aufenthaltsgestattung, Duldung, Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen oder eine Bescheinigung über die Anmeldung als Asylsuchende/r. Eine Möglichkeit oder Verpflichtung zur Teilnahme an Integrationskursen oder Schulpflicht ist nicht erforderlich. Diese Kurse und das Erlernen der deutschen Sprache sind seit Jahren häufig die einzige Möglichkeit einer funktionierenden sozialräumlichen Erstintegration von geflüchteten Menschen.

Allein in den letzten drei Jahren haben die Berliner Volkshochschulen ca. 2.700 Deutschkurse für Geflüchtete mit etwa 20.000 Teilnehmenden durchgeführt. Die Programmweiterung wurde im Landeshaushalt 2014 etatisiert. Von ursprünglich 0,3 Mio. Euro wuchs sie rasant über 1,2 Mio. Euro in 2015 auf 4 Mio. Euro in 2017 und 2021 auf ca. 4,9 Millionen Euro – ein starkes Indiz für den steigenden Bedarf an Kursen. Auch heute sind die Deutschkurse stark nachgefragt. Durch die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine wird der Bedarf vermutlich weiter steigen.

2022 geriet das Modell jedoch ins Wanken: Zum einen wurden die Mittel für die Kurse zunächst halbiert, von

rund 5 auf rund 2,5 Millionen. Zum anderen wurde zu spät auf den hohen Bedarf an Sprachkursen durch den Zuzug von Menschen aus der Ukraine und anderen Regionen der Welt reagiert.

Eine solide Kursplanung und damit auch ein verlässliches Kursangebot an die Geflüchteten seitens der Berliner Volkshochschulen war 2022 schlichtweg nicht möglich. Die Berliner Volkshochschulen wiesen in diesem Jahr vielfach Geflüchtete mit dem Wunsch, Deutsch zu lernen, ab, da die Finanzierung der Kurse nicht gesichert war.

Dies ist aber nicht die einzige Folge: Die fehlende Planungssicherheit wirkt sich auch auf die Kursleitenden aus. Anders als während der Coronapandemie waren Volkshochschulen nun keine verlässliche Auftraggeber mehr. Kursleitende wanderten ab. An den Volkshochschulen fehlte das Fachpersonal. Selbst wenn später Mittel zugesagt werden, sind die Fachbereiche gar nicht mehr in der Lage, das gewünschte Programm zu realisieren. Ein weiteres Jahr ist für den Bereich der Deutschsprachkurse für Geflüchtete so nicht verkraftbar. Dies widerspricht zudem dem politischen Willen von Abgeordnetenhaus und Landesregierung, faire Arbeitsbedingungen für die Honorarkräfte sicherzustellen, die die pädagogische Arbeit für das Land leisten.

Vor diesem Hintergrund appelliert die Bezirksverordnetenversammlung von Friedrichshain-Kreuzberg an Senat und Abgeordnetenhaus, die notwendigen Mittel in Höhe von ca. 5 Millionen Euro zur Fortsetzung dieser Kurse für das Jahr 2023 schon zu Jahresbeginn verbindlich zur Verfügung zu stellen. Und damit ein für alle Seiten aufreibendes „Stop and Go“ zu beenden.

■ Werner Heck, Vorsteher der BVV

**Kandidat
im Wahlkreis 5**

Mein erstes Jahr im Abgeordnetenhaus: Jetzt erst recht

Im Sommer 2021 waren mein Team und ich täglich mit Lastenrad und Infomaterial in Friedrichshain unterwegs. Bei den Wahlen im September 2021 wurde ich von den Menschen im Nordkiez mit 34,7% direkt gewählt. Dafür bin ich dankbar.

Das erste Jahr im Abgeordnetenhaus verging wie im Flug. Als innenpolitischer und drogenpolitischer Sprecher vertrat ich die Grüne Fraktion im Innenausschuss und im Verfassungsschutzausschuss. Außerdem arbeite ich im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Neukölln-Komplex an der Aufklärung der Anschlagserie und der Offenlegung rechter Netzwerke in Berlin. Langeweile ist also nicht angesagt, ganz im Gegenteil, die Arbeit hat eigentlich gerade erst angefangen.

Baustelle Berliner Innenpolitik

Leider dominiert in der Innenpolitik, selbst bei einer SPD-Innensenatorin, immer noch das Law-and-Order-Selbstverständnis. Dabei gäbe es viel anzupacken, was Berlin sicherer und resilienter macht. So habe ich in den letzten Monaten intensiv an einer Reform des Rettungsdienstes gearbeitet, die den Dauer-Ausnahmestand der Rettungskräfte beenden soll und dennoch sicherstellt, dass jede und jeder Hilfe bekommen, wenn die 112 gerufen wird. Manchmal geht es leider in der politischen Realität nur schwer voran. Aber es gab auch einige Erfolge, an denen ich mitwirken konnte: Mit der Einsetzung eines unabhängigen Bürger- und Polizeibeauftragten haben wir eine neue Beschwerde- und Schlichtungsstelle geschaffen, die für mehr Transparenz, Kontrolle und Vertrauen zwischen Bürger*innen und

Polizei sorgen soll. Mit der Berliner Polizeistudie haben wir neue wertvolle Erkenntnisse im Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus innerhalb der Polizei gewonnen. Das gilt es nun fortzusetzen. Denn von einer echten Fehlerkultur profitieren alle. Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen dürfen nicht als Schwäche verstanden werden, vielmehr stärken sie das Vertrauen. Vertrauen ist nämlich nichts, was vom Himmel fällt, sondern Tag für Tag aufs Neue erarbeitet werden muss. Zur Stärkung der Transparenz bei der Polizeiarbeit gegenüber Bürger*innen arbeiten wir momentan an der Einführung der Kontrollquittung, die jede*r Auskunft darüber geben soll, warum sie*er von der Polizei kontrolliert wurde. Meine Überzeugung von grüner Innenpolitik ist: Berlin kann nur sicher sein, wenn sich alle Menschen in unserer Stadt sicher fühlen.

Lebenswertes Friedrichshain

Als direkt gewählter Abgeordneter für mein Zuhause im Nordkiez liegen mir die Themen in der Nachbarschaft besonders am Herzen. Hier hat sich seit meiner Wahl schon einiges getan. Mit der Fahrradstraße in der Rigaer Straße und den geschützten Radwegen auf der Frankfurter Allee können sich Radfahrende schneller und sicherer durch den Kiez bewegen. Tempo 30 auf der Proskauer Straße entschärft für Kinder den Weg zum



Vasilii Franco

Foto: Kilian Vitt

Spielplatz auf dem Forcki. Oft merke ich genauso, dass viele Prozesse noch zu lange dauern oder mühsam erkämpft werden müssen. Doch die Klimakrise wartet nicht und die Verkehrswende braucht einen Turbo, damit wir vorankommen, sei es bei der Schulwegsicherheit oder verkehrsberuhigten Kiezen. Gerade in meinem Wahlkreis mit kaum vorhandenen Grünflächen bräuchte es dringend mehr Entsiegelung und Grünpflege, auch um für die anstehenden Hitzesommer gewappnet zu sein. Damit es auch hier schneller und besser vorangeht, möchte ich mich weiter als euer Abgeordneter aus Friedrichshain im Landesparlament einsetzen.

Einen Appell habe ich daher mit Blick auf die anstehenden Wiederholungswahlen: Denn nach der klaren Ansage des Verfassungsgerichtshofes gilt es jetzt das Vertrauen in die Demokratie wieder zurückzugewinnen. Gleichzeitig wollen AfD, Verschwörungsideolog*innen und Rechtsextremist*innen den Rollback in unserer Gesellschaft. Bei der Wiederholungswahl brauchen wir jede Stimme, damit die die progressiven Kräfte im Parlament die deutliche Mehrheit haben. Deshalb meine Bitte: Geht Wählen! Sprecht mit euren Freund*innen und eurer Familie über die Wahl und macht deutlich, dass wir gerade in Zeiten multipler Krisen eine starke Demokratie brauchen!

Vasilii Franco,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Antworten auf radikale Klimaproteste

Kaum eine Debatte erhitzt seit fast einem Jahr die Gemüter wie die Frage der Klimaproteste der Aktivist*innen der Letzten Generation. Gleich vorab: Man muss weder ihre Ziele teilen, noch muss man die Protestformen gut finden. Doch die öffentliche Debatte nimmt inzwischen absurde Züge an.

Als innenpolitischer Sprecher der grünen Abgeordnetenhausfraktion führte ich über das letzte Jahr Debatten in allen Facetten. Ich lief morgens auf dem Weg zur Arbeit an Aktivist*innen am Frankfurter Tor vorbei, während ein Chor in der Kreuzungsmitte sang. Ich hörte Argumentationen, die nicht nur verzweifelt, sondern vor allem überzeugt klangen. Ich beobachtete genauso genervte und sehr wütende Menschen. Wie antwortet die Politik auf diese Proteste?

Schauen wir uns dafür erst einmal den Gegenstand der Debatte an: Die Klimapolitik. Die Warnungen der Wissenschaft vor den Folgen der drastischen Verschärfung der Erderwärmung und den Kippunkten, auf die wir unaufhaltsam zusteuern, werden mit jedem Jahr dramatischer. Selbst der UN-Generalsekretär Guterres, bekanntlich kein Mitglied extremistischer Gruppierungen, sagt: „Wir sind auf dem Highway zur Klimahölle.“ Der Grund des Protestes ist legitim. Das kann niemand bestreiten, dem der Ernst der Lage bewusst ist. Aber wie steht es um das Wie?

Ziviler Ungehorsam und der Rechtsstaat

Bereits das Bundesverfassungsgericht stellt in seiner Rechtsprechung fest, dass Blockaden als Protestform des zivilen Ungehorsams zunächst unter das Versammlungsrecht fallen, auch wenn ihre Durchführung mit Einwirkung auf Dritte als Nötigung betrachtet werden kann. Und wenn bei Versammlungen Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten begangen werden, werden diese selbstverständlich geahndet. Die Polizei stellt vor Ort fest, die Staatsanwaltschaft ermittelt und im Zweifel entscheiden Gerichte. Die berechnete Frage ist eigentlich,

wieso immer mehr – vor allem junge – Menschen so verzweifelt sind, dass sie bereit sind Straftaten zu begehen, um auf die Dringlichkeit der Klimakrise hinzuweisen.

Stattdessen prägt Empörung gegen die Proteste die Debatten. Diese Tonalität ist gefährlich, denn bekanntlich führen Worte schnell zu Taten. Wer von „Klima-Terrorismus“ spricht, verkennt oder ignoriert nicht nur, dass die Proteste stets gewaltfrei erfolgten. Vielmehr verhöhnend Vergleiche mit im Stau stehenden Berufspendler*innen die tatsächlichen Opfer terroristischer Anschläge. Man solle die Aktivist*innen „weschließen und zwar so lange wie möglich“, tönt es dennoch im Plenum des Abgeordnetenhauses von der CDU. Von der Union, die ein Sonderstrafrecht für Klimaaktivist*innen fordert, bis zur SPD, welche die Präventivhaft ausweiten will, wird aufgrund der Proteste schnell der Rechtsstaat über Bord geworfen. Von manchen Journalist*innen gar nicht erst zu reden, die mit Notwehr-Rhetorik und Gewaltphantasien Kampagne machen.

Im Netz und an Stammtischen findet das Resonanz. Das nimmt erschreckende Züge an. Autofahrende haben bereits Aktivist*innen angefahren oder wurden handgreiflich. Sogar die Innenverwaltung ließ anweisen, Behinderungen durch „Klimaaktivisten“ systematisch und „umfassend zu erfassen“, während alltägliche Behinderungen durch Falschparkende, Radwegblockierende, reguläre Staus oder kommerzielle Veranstaltungen als Alltag akzeptiert werden. Wie weit soll das noch gehen?

Dabei sind Forderungen nach Tempolimit 100 und einem 9 Euro Ticket ehrlicherweise wenig revolutionär und erst recht nicht staatsgefährdend. Wer verkennt, dass die verfehlte Klimapolitik der letzten Jahrzehnte uns

in diese Lage gebracht hat, hat erst recht keine Lösung. Schließlich gibt es ein geeignetes und wirksames Mittel im Umgang mit Klimaprotesten und auch der „Letzten Generation“: Und

das ist ernstgemeinter und konsequenter Klimaschutz.

Vasilii Franco,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Und sonst noch so? | Die Kolumne Von der 'lost' zur 'last' generation



Vor ziemlich genau 100 Jahren wurde das Wort von der 'lost generation' geprägt. Gemeint waren die jungen Menschen in Europa, die nach den Erfahrungen der Brutalität des Ersten Weltkriegs und den anschließenden gesellschaftlichen Umbrüchen - einer Zeitenwende, die den Namen auch wirklich verdiente - vor dem Nichts standen. Sie mussten sich aus diesem Gefühl der Leere ohne Unterstützung oder klare Orientierung neu erfinden. Aber immerhin - die Chance dazu war da. Und jetzt, 100 Jahre später, haben wir die 'last generation'. Was bedeutet: Danach kommt nix mehr. Die Angst, dass wir durch unsere halbherzigen und viel zu kleinen Schritte auf eine ökologische Katastrophe zusteuern, die wie ein Tsunami über uns hinwegrollen wird und nichts zurücklässt, ist übermächtig. Die Hoffnung, dieser Katastrophe durch Umbau- und Reparaturmaßnahmen sozusagen evolutionär entkommen zu können, ist dahin. Das Schwungrad, so die Überzeugung, lässt sich innerhalb des Systems nicht aufhalten. Noch nicht einmal spürbar verlangsamen.

Nehmen wir ein Beispiel: Würden wir, sagen wir mal für ein Jahr, darauf verzichten, neue Klamotten zu kaufen, würde wohl kaum eine* von uns deshalb in Lumpen gehen

oder erfrieren. Vieles ließe sich über Reparatur und Tausch regeln. Ohnehin haben die meisten von uns viel zu viel im Schrank hängen. Die Natur würde aufatmen, es kämen keine giftigen Chemikalien zum Einsatz, endlose Transportwege würden vermieden und die Ausbeutung der Menschen in den Herstellungsländern würde gestoppt. Was aber passiert noch? Ganze Industriezweige brächen zusammen, Geschäfte müssten schließen, Innenstädte würden veröden, viele Menschen würden arbeitslos und in Armut getrieben. Und deshalb geht es zwanghaft immer weiter. Deshalb tut auch unser grüner Wirtschaftsminister alles dafür, den Kreislauf von Produktion und Konsum weiter zu befeuern, im wahrsten Sinne des Wortes und koste es, was es wolle. Weil er für eine solche ökonomische Katastrophe (wenn man es denn als solche bezeichnen will) nicht in die Verantwortung genommen werden will.

Ich weiß, Beispiele greifen gerne mal zu kurz. Aber die Verzweiflung wächst. Wenn wir diesen Kreislauf stoppen wollen, wenn wir noch an den Umbau glauben, dann müssen wir uns mit allem, was geht, dagegen stemmen. Jetzt.

Henry Arnold



Impressum:

Der Xhain-Stachel ist die Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Die ehrenamtlich arbeitende Redaktion ist gewählt durch die Mitgliederversammlung. Die abgedruckten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion:

Henry Arnold (V.i.S.d.P.) (ha),
Günter Bartsch, Werner Heck (wh),
Britta Kallmann, Rike v. Kleef,
Olja Koterewa, Lukas Probst,
Claudia Schulte, Ingo Werren,
Stefanie Wesch, Miriam Wirsing,
Ugur Yildirim

Freie Mitarbeiter*innen:

Berthe Jentzsch, Lukas Kuhnert,
Roxana Roder, Andreas M. Selignow

Kontakt zur Redaktion:

stachelredaktion@gruene-xhain.de

Der Stachel im Internet:

www.gruene-xhain.de/stachel

Layout & Satz: Jörn Jaath

Auflage: 9.000

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck

Herausgeberin:

Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband
Friedrichshain-Kreuzberg
Dresdner Straße 10
10999 Berlin
Fon: +49 30 614 31 46
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de

Für bezahlbare und vielfältige Kieze

Was wir heute planen und bauen, wird das Stadtbild Berlins und unser aller Leben für viele Jahrzehnte prägen. Als Sprecher für Stadtentwicklung in der Grünen Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus setze ich mich daher für eine soziale und ökologische Stadtplanung ein. Gleichzeitig verrete ich seit der Wahl im September 2012 den Friedrichshainer Wahlkreis 6 im Berliner Landtag und werbe nun erneut um Ihr und Euer Vertrauen. Der Wahlkreis beinhaltet den Simondach-Kiez, Boxi, Traveplatz, Ostkreuz, Stralau, Rudolf- und Laskerkiez.

Für eine soziale Wohnungspolitik und mehr Solidarität

Immer mehr Friedrichshainer*innen machen sich Sorgen, ihre Miete oder die Kosten für den Lebensunterhalt nicht mehr zahlen zu können. Inflation und Energiepreiskrise verschärfen aktuell die Situation. Der Geldbeutel darf aber nicht darüber entscheiden, wer hier wohnen kann. Mietendeckel und Vorkaufsrecht waren richtig und müssen schnell durch den Bund eingeführt werden. Der erfolgreiche Volksentscheid Deutsche Wohnen & Co. enteignen muss nun zügig umgesetzt werden.

Ich stehe für eine Wohnungs- und Mietenpolitik, bei der die Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht die Profite von Wohnungskonzernen. Spekulativer Leerstand oder die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen müssen zum Schutz der Mieter*innen wirksam



Julian Schwarze

Foto: Bert Brüggemann

gestoppt werden. Für den gemeinwohlorientierten Umbau des Berliner Wohnungsmarktes brauchen wir ein breites Bündnis mit gemeinwohlorientierten Partner*innen für sozialen und bezahlbaren Wohnraum. Unser Grünes Ziel ist es, dass zukünftig mindestens 50 % aller Wohnungen in gemeinwohlorientierter Hand sind.

Vielfältige Kiezstrukturen und lebendige Clubkultur

Dramatisch steigenden Gewerbetieten und Nebenkosten verschärfen die Lage von Läden, Handwerksbetriebe, Kitas und vielen sozialen und kulturellen Einrichtungen oder Projekten. Um diese vielfältigen Kiezstrukturen zu erhalten, setze ich mich für bezahlbaren Gewerberaum und neue städtische Gewerbehöfe ein. Wie bei Wohnungen brauchen wir hier Schutzmechanismen: eine Gewerbemietpreisbremse und Milieuschutz endlich auch für Kleingewerbe, soziale Projekte und Kultur.

Die vielfältigen Berliner Clubs und Kollektive sind ein nicht wegzudenkender Bestandteil der Kultur und bieten kreative Freiräume und Platz für Subkultur. Als Sprecher für Clubkultur will ich unsere lebendige Clubkultur in der Krise unterstützen und vor Verdrängung schützen – und entsprechende Standorte sichern und neue ermöglichen.

Kommerz und Ballermann dürfen in unseren Kiezen nicht überhand nehmen. Als Sprecher für Tourismus setze ich mich im Parlament für einen kiezverträglichen Tourismus ein. Dazu ge-

**Kandidat
im Wahlkreis 6**

hört auch, neue Hotelstandorte durch den Senat stadtweit zu regulieren.

Mobilitätswende: mehr Platz für Bus, Bahn und Rad

CDU, FDP und Teile der SPD wollen die A 100 vom Treptower Park mitten durch Wohnstraßen in Friedrichshain verlängern. Ich halte das für rückwärtsgerichtetem Unsinn. Ich kämpfe für die Mobilitätswende: mehr Platz für Fuß- und Radverkehr, mehr Fahrradstraßen – für einen familienfreundlichen und barrierefreien Bezirk. Mehr Verkehrsberuhigung und Kieze ohne Durchgangsverkehr schaffen mehr Sicherheit und Aufenthaltsqualität für alle. Ein wichtiger Erfolg ist das Berliner 29-Euro-Ticket für einen bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr für alle.

Stadtnatur: Mehr Grünflächen, Bäume und Platz für Sport, Spiel und Familien

Um Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen, brauchen wir eine klimagerechte und soziale Stadtentwicklung, die auch die Auswirkungen auf die Nachbarschaft in den Blick nimmt. Friedrichshain gehört zu den am dichtesten besiedelten Gebieten Europas. Es fehlt an Grünflächen und Stadtnatur, aber auch an Platz zum Spielen, für Sport und Kultur. Das gilt auch für neue Schulen, Kitas und Jugendfreizeiteinrichtungen. All das muss – statt einer Autobahn – auf der geplanten A100-Trasse realisiert werden.

Julian Schwarze,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Karstadt am Hermannplatz: Gefahr für die U-Bahn?

Schäden am Tunnel der U2 durch ein großes Bauvorhaben am Alexanderplatz sorgen für eine mehrmonatige Unterbrechung des regulären U-Bahnverkehrs – und das nicht zum ersten Mal. Am Hermannplatz droht für die U7 und U8 ein ähnliches Szenario. Die BVG fordert: im Zweifelsfall kein Baurecht. Ein Grund mehr, die Signa-Pläne abzulehnen.

Seit Jahren wird darüber gestritten, wie es mit dem Karstadt-Gebäude am Hermannplatz weitergeht. Die Eigentümerin Signa, der auch der Kaufhauskonzern „Galeria Karstadt Kaufhof GmbH“ gehört, plant den Wiederaufbau der alten Vorkriegsfassade mit zwei rund 60 Meter hohen Türmen und einer massiven Erweiterung der Flächen. Hierfür soll das Gebäude entkernt, aufgestockt und für neue Büro Nutzungen hergerichtet werden. Ziel ist die Steigerung der vermietbaren Gewerbeflächen und damit ein höherer Profit für die Signa-Gruppe. Deren Gründer und Gallionsfigur René Benko ist seit Jahren höchst umstritten. Bekannt ist er vor allem durch seine namentliche Erwähnung

im „Ibiza-Video“ und undurchsichtige Geschäftspraktiken mit dem österreichischen Ex-Kanzler Sebastian Kurz. Derzeit ermittelt die österreichische Korruptionsstaatsanwaltschaft im Zusammenhang mit Tätigkeiten des Signa-Konzerns u. a. wegen Untreue, falscher Beweisaussage, der Bestechlichkeit und der Bestechung.

In einer Antwort des Senats auf eine schriftliche Anfrage der Grünen (Drucksache 19/13676) kam nun heraus, dass das Bauvorhaben sogar weitreichende Auswirkungen auf große Teile des U-Bahnverkehrs haben kann. Sollte es am Hermannplatz zu Beschädigungen der U-Bahntunnel kommen, drohen Einschränkungen in weiten Teilen des U-Bahnnetzes in

Berlin. So könnten bei einer Beschädigung der Tunnelanlagen und einer Unterbrechung des U-Bahnverkehrs die Linien 7 und 8 nicht mehr durchgängig befahren werden. Auch die U-Bahn-Betriebswerkstatt Britz-Süd könnte nicht mehr angefahren werden. Das würde zu geringeren Zugkapazitäten aufgrund notwendiger Wartungen und Reparaturen führen und damit zu Zugausfällen und längeren Wartezeiten am bereits voll ausgelasteten Verkehrsknotenpunkt Hermannplatz.

Die Auskünfte bestätigen die Kritik am geplanten Bauvorhaben von Signa am Hermannplatz. Eine Unterbrechung der U-Bahnen am Hermannplatz wäre ein Super-Gau für den

gesamten U-Bahnverkehr und muss ausgeschlossen werden. Die Mobilität der Berliner*innen darf aber nicht für umstrittene Bauprojekte aufs Spiel gesetzt werden. Deshalb muss es zum Schutz von BVG-Anlagen und des gesamten U-Bahnverkehrs in Berlin zum Standard werden, dass mögliche Schäden von vornherein verhindert werden. Die Kosten hierfür müssen die Investoren tragen.

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sowie die Grüne Fraktion im Bezirksparlament haben die Signa-Pläne von Anfang an kritisch gesehen. Ein Grund dafür sind die zu erwartenden Auswirkungen auf die Gewerbestruktur im Umfeld sowie zu erwartende steigende Mieten. Hinzu

kommt, dass Signa als Eigentümerin und als Akteur der Stadtentwicklung äußerst fragwürdig ist. Diese Kritik haben die grünen Abgeordneten auf Landesebene geäußert. Auch die grünen Bezirksverordneten haben jüngst einen Antrag gegen eine Kooperation mit Signa eingebracht. Die aktuellen Ermittlungen rund um den Signa-Konzern und die erheblichen Risiken für den U-Bahnverkehr bestärken die Position, den massiven Neu- und Umbau des Karstadt-Gebäudes am Hermannplatz abzulehnen.

Julian Schwarze,
Mitglied des Abgeordnetenhauses,
und **Maria Haberer,**
Bezirksverordnete

Still not loving A100

Grüne kämpfen weiter gegen den Autobahnausbau - mit kreativen Mitteln

Die Klimakrise ist längst Realität, der Mobilitätssektor verfehlt die CO₂-Grenzwerte so drastisch wie kein anderer Bereich. Und FDP-Verkehrsminister Wissing baut in Berlin die teuerste Autobahn Deutschlands. Eine Autobahn mitten rein in eine Großstadt. Dorthin wo jetzt Wohnungen, Clubs, Kinos und Parks sind. Das ist nicht nur verkehrs- und klimapolitischer Unsinn, das ist Verdrängung in Reinform. Während andere Städte Autobahnen zurückbauen und im niederländischen Utrecht aus einer ehemaligen Schnellstraße ein innerstädtischer Kanal mit Erholungs- und Grünflächen wurde, will das FDP-Ministerium 244.000 Euro pro Meter für eine Autobahn ausgeben, die niemand braucht.

Solange es die Bundesregierung nicht schafft, diese halsbrecherische und zukunftsfeindliche Idee zu stoppen, nutzen wir in Berlin alle Mög-

lichkeiten, um den A100-Bau zu verhindern. Seit über 15 Jahren kämpfen wir bereits gegen den Ausbau der A100, den die Berliner SPD mit der CDU durchgedrückt hat. In der BVV Friedrichshain-Kreuzberg haben wir allein in diesem Jahr zwei Anträge gegen den Weiterbau der A100 verabschiedet. Auf Landesebene setzen wir uns für eine Änderung des Flächennutzungsplans auf dem Areal der A100 ein. Diese Änderung könnte eines der effektivsten Instrumente sein, um den Autobahnbau doch noch zu verhindern. Auch gegen den Willen der FDP.

Flächennutzungsplan?

Was ist ein Flächennutzungsplan und wie soll er eine Autobahn verhindern? Vereinfacht gesagt, bestimmt er im Groben, wie die vorhandenen

Flächen in Berlin genutzt werden sollen. Wenn dort festgeschrieben ist, dass wir statt der A100 auf diesen Flächen lieber Wohnungen, Clubs, Kinos und Parks planen wollen, dann kann Volker Wissing das nicht ignorieren. Deshalb setzen sich auch unsere Grünen-Abgeordneten im Berliner Abgeordnetenhaus für eine Änderung des Flächennutzungsplans ein.

Autobahn bauen? Dauerstau, nein danke!

Machen wir uns nichts vor, der Weiterbau der A100 ist eine Grundsatzenscheidung, und wir haben zwei Optionen:

Die erste Option ist: Wir bauen weiter eine Stadt vorrangig für Autos. Das führt unweigerlich zu mehr Autoverkehr. Das ist keine neue Theorie, sondern wird in der Mobilitätsfor-

schung seit Jahrzehnten unter dem Begriff „induced demand“ (induzierte Nachfrage) diskutiert. Kurz: Wer Autobahnen sät, wird Autoverkehr ernten. In Berlin ergab eine Umfrage von Tagesspiegel und Civey, dass über ein Drittel häufiger mit dem Auto fahren würde, sollte die A100 verlängert werden. Selbst wenn die Autos auf einer vielspurigen Autobahn genug Platz hätten (angesichts der regelmäßigen Staus auf der A100 ist selbst das fraglich), spätestens in den umliegenden Straßen würden die zusätzlichen Autos ein Verkehrschaos erzeugen.

Aber es gibt eine zweite Option: Wir stecken die Milliarden Euro nicht in den Weiterbau der A100, sondern in Alternativen zum Auto. Wir machen den ÖPNV zuverlässig und erhöhen die Taktung. Wir bauen Radwege, auf denen sich alle sicher fühlen. Und wir bauen Kreuzungen, an denen

niemand Todesangst haben muss. Wir verteilen Flächen um, vom Auto hin zur Öffentlichkeit. Damit machen wir das Auto für möglichst viele Menschen überflüssig. Natürlich wird es dann immer noch Autos geben für Menschen, die sie benötigen, aber sie müssen in Städten kein Massenverkehrsmittel sein.

Deswegen setzen wir uns konkret für eine Änderung des Flächennutzungsplans, für eine Verhinderung weiterer Autobahnen durch Berlin und grundsätzlich für eine autobefreite Stadt ein. So nutzen wir den Raum sinnvoll: für Grünflächen, Platz zum Spielen, Feiern, Schwimmen und für bezahlbaren Wohnraum. Dafür lohnt es sich definitiv zu kämpfen.

Yannick Brugger, Silvia Rothmund und Vito Dabisch,
Bezirksverordnete

Nächste Schritte beim Feldversuch „Graefekiez ohne Parkplätze“

Ende April 2022 sorgte ein Antrag der Grünen Fraktion zusammen mit der SPD berlinweit für Aufsehen. Die Fraktion beauftragte das Bezirksamt, einen Feldversuch durchzuführen, bei dem für mindestens sechs Monate keine privaten PKWs im Graefekiez geparkt werden dürfen.

Stellt euch vor wir hätten in Berlin eine Freifläche, so groß, dass der Alexanderplatz 214-mal hineinpassen würde. Stellt euch vor, diese 17 Quadratkilometer würden wir in unserer Stadt nur nutzen, um private Dinge darauf abzustellen, die wir die meiste Zeit des Tages gar nicht nutzen. Verückt? Aber genau das tun wir.

Öffentlichen Raum neu denken

Autos sind eine praktische Erfindung. Sie erleichtern oft das Leben und sind für einige Berliner*innen unverzichtbar. Doch müssen wir ihnen in dichtbesiedelten Städten, wo jeder Quadratmeter für Wohnraum, Spielplätze und Parks kostbar ist, so viel Platz für Parkplätze opfern? Und das, obwohl die Mehrheit der Menschen kein Auto hat und bereits heute die allermeisten Wege im Bezirk zu Fuß, mit dem Rad oder dem ÖPNV zurückgelegt werden? Muss die städteplanerische Entscheidung auch noch Jahrzehnte später mit erheblichen Nachteilen für alle Bewohner*innen fortgesetzt werden, nur weil wir es gewohnt sind?

Ein ganzer Kiez wird parkplatzfrei! Ende April 2022 sorgte ein Antrag der Grünen Fraktion zusammen mit der SPD berlinweit für Aufsehen. Die Fraktionen beauftragten das Bezirksamt, zusammen mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) im Herzen Kreuzbergs einen Feldversuch durchzuführen. Um eine „Neugestaltung des öffentlichen Raums“ auszuprobieren, sollen für mindestens sechs Monate keine privaten PKWs im öffentlichen Raum des Graefekiez geparkt werden. Anwohner*innen sollen stattdessen ihre Fahrzeuge z. B. in umliegenden Parkhäusern abstellen. Ausnahmen für mobilitätseingeschränkte Menschen sind dabei ebenso vorgesehen wie Lösungen für den Lieferverkehr. Ein Schwerpunkt des Versuchs soll auf der Verkehrssicherheit liegen, denn im Kiez gibt es sehr viele Schulen und Kitas. Der Antrag wurde einen Monat später im Bezirksparlament beschlossen.

Für den Versuch gibt es viele Gründe. Friedrichshain-Kreuzberg ist der am dichtesten besiedelte Bezirk Berlins. Parkende Autos blockieren dort

eine Fläche so groß wie der Volkspark Friedrichshain. Der Verkehrssektor ist zudem der drittgrößte Verursacher von Treibhausgasen – 96 Prozent davon stammen aus dem Straßenverkehr. Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir handeln. Wir müssen klimafreundliche Mobilität fördern und Anreize schaffen, auf Alternativen zum eigenen Auto umzusteigen.

Klimaschutz und Verkehrswende brauchen mutige Schritte

Die Forschung zeigt, dass eine Mischung aus Push- und Pull-Faktoren am besten funktioniert. Neben guten Angeboten müssen wir auch die ungerechtfertigte Privilegierung des Autos angehen. Nicht zuletzt gewinnen Anwohner*innen viele Vorteile durch den Versuch. Denn der Graefekiez ist bereits seit vielen Jahren ein fast komplett verkehrsberuhigter Bereich. So ist es nicht verwunderlich, dass der weit überwiegende Teil der Einwohner*innen das Parkplatz-Experiment begrüßt. Das hat das

WZB bereits durch eine repräsentative Befragung im Bezirk ermittelt.

Das Bezirksamt ist derzeit bis voraussichtlich Anfang 2023 in der Grundlagenermittlung. Dabei geht es zunächst um die Klärung rechtlicher Fragen, um gemeinsam mit der zuständigen Senatsverwaltung für Mobilität einen Verkehrsversuch zu entwickeln. Eine gründliche rechtliche Prüfung ist notwendig, da das Straßenverkehrsrecht in erster Linie als Gefahrenabwehrrecht konzipiert ist. Aspekte wie die Verbesserung der Aufenthaltsqualität, städtebauliche Konzepte oder mehr Klimaschutz allein sind rechtlich für Beschränkungen des Autoverkehrs nicht ausreichend. Auch deshalb setzen sich alle Berliner Verkehrsstadträt*innen für eine schnelle Umsetzung der im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung vereinbarten Reform der Straßenverkehrsverordnung (StVO) ein.

Wie geht es nun weiter?

Im Anschluss an diese Grundlagenermittlung wird das Bezirksamt

das genaue Projektgebiet und den Zeitplan für ein Beteiligungsverfahren veröffentlichen. Erst danach startet die konkrete Phase. Flankierend zum Versuch soll es Maßnahmen wie Fahrradbügel, Querungsanlagen, Sharing-Angebote und Lieferzonen für Gewerbe und Anwohnende geben. Möglicherweise können auch Entseigelungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Das WZB soll zusätzlich zum Beteiligungskonzept die Begleitforschung übernehmen. Das bedeutet auf Basis einer repräsentativen Umfrage im Kiez, durch Fokusgruppen und Straßenbefragungen die Einwohner*innen zu beteiligen. Zudem sind zwei Bürger*innen-Konferenzen geplant. Parallel wird die Verkehrsmittelwahl, vor, während und nach dem Versuch gemessen. Sämtliche Erhebungsdaten, Auswertungen und Schlussfolgerungen werden natürlich veröffentlicht.

Pascal Striebel,
Bezirksverordneter

„Gebt das Hanf frei!“

Seit Jahrzehnten fordern wir von Bündnis 90/Die Grünen die Legalisierung des Cannabisgebrauchs durch Erwachsene.

Ganz Europa blickt auf Deutschland bei der geplanten Legalisierung von Cannabis: „Wir führen die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften ein“, heißt es im Koalitionsvertrag.

Wie schon mein Vorgänger Hans-Christian Ströbele setze auch ich mich im Deutschen Bundestag für die Legalisierung von Cannabis ein. Denn die Kriminalisierung von Kiffer*innen ist ungerecht. „Es kann nicht sein, dass die CDU immer noch legal Alkohol konsumieren darf und dass Teile der Menschen in meinem Wahlkreis dafür kriminalisiert werden, dass sie in Ruhe kiffen wollen“, sagte ich erst kürzlich bei einer Debatte im Plenum.

Die Prohibition schafft außerdem Folgeprobleme: So sind zum Beispiel Qualitätskontrollen und ein wirksamer Jugendschutz unmöglich. Während der Konsum von Alkohol und Zigaretten bei Minderjährigen durch Präventionsarbeit, Werbeverbote und Besteuerung konstant abnimmt, steigt der Cannabiskonsum seit 2011 kontinuierlich an. Dabei ist der aktuelle Stand der Wissenschaft, dass Cannabis wesentlich weniger gesundheitsschädigend ist als Alkohol.



shmaia@flaticon.com

Deswegen haben schon viele Länder in Europa den Besitz und Gebrauch von Cannabis zumindest entkriminalisiert. Die Entkriminalisierung des Besitzes ohne Legalisierung des Anbaus und der Vertriebswege hat jedoch große Nachteile: So können wir in den entsprechenden Ländern beobachten, dass dies die Organisierte Kriminalität stärkt, da nur diese das Cannabis dorthin schmuggeln und verkaufen kann. Hinzu kommt, dass Cannabis aus kriminellen Quellen

keinerlei Qualitätskontrolle unterliegt und damit gesundheitsschädliche Stoffe beigemischt sein können.

Deshalb habe ich Anfang November diesen Jahres die Chance meiner Reise in die USA zur Wahlbeobachtung durch die Parlamentarische Versammlung der OSZE genutzt, um mich in Kalifornien umzusehen und aus den dortigen Erfahrungen zu lernen. Denn was bei uns noch gefordert wird, ist in Kalifornien längst Realität. Bis zu 28 Gramm Cannabisblüten bzw. 8 Gramm Haschisch dürfen Personen ab 21 Jahren dort besitzen. Die gesamten Vertriebswege, vom Anbau bis zum Verkauf, sind vollständig legalisiert. Auch der private Eigenanbau von bis zu sechs Pflanzen ist erlaubt.

Kampf gegen die organisierte Kriminalität

Ich besuchte eine der größten Plantagen in den USA. Auch wegen des für mich wichtigsten Arguments für die Legalisierung habe ich nachgefragt: Die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität. Während hierzulande durch die Kriminalisierung nahezu sämtliche Gewinne aus dem Verkauf von Cannabis an die Organisierte Kriminalität fließen, wird in den USA mit einer umfassenden Dokumentation von der Ursprungspflanze bis zum Endprodukt dafür Sorge getragen, dass das legal erhältliche Cannabis auch aus legalem Anbau stammt.

Eine vollständige Legalisierung vom Anbau bis zur Abgabe im lizenzierten Fachgeschäft wie von uns geplant wäre in Europa einmalig. Deswegen arbeiten wir bereits mit Hochdruck an einer EU-rechtskonformen Ausgestaltung eines Cannabiskontrollgesetzes. Weil bis zu einer vollständigen Legalisierung voraussichtlich noch viel Zeit vergehen wird, in der weiterhin harmlose Cannabiskonsument*innen kriminalisiert werden, sollte eine vorzeitige Entkriminalisierung von Besitz zu Eigenbedarf erwogen werden.

Canan Bayram,
Mitglied des Bundestages

Eine Straße für Regina Jonas

Schon 2013 gab es einen ersten Anlauf, eine Straße in Friedrichshain-Kreuzberg nach Regina Jonas, der ersten Rabbinerin überhaupt, zu benennen. Die Antwort auf den entsprechenden Beschluss der BVV aus dem Bezirksamt lautete damals: „Leider stehen in den nächsten drei Jahren keine geeigneten Straßen oder Plätze zur Verfügung, die benannt werden könnten.“

Nun ist es endlich soweit. 2021 wurde der Antrag quasi reaktiviert, dahingehend verändert, dass ein entsprechendes Beteiligungsverfahren eingeleitet wird – mit dem Ziel, eine Straße zu finden, die nach Regina Jonas umbenannt werden könnte. Am 23. Februar 2023 soll nun die abschließende Beteiligungsveranstaltung stattfinden, auf der sich entscheidet, welcher Vorschlag priorisiert und der BVV zur Abstimmung vorgelegt werden soll.

Zur Abstimmung stehen:

- Die **Kohlfurter Straße**: 1949 benannt nach einem Ort in Niederschlesien, nun Węgliniec.
- Das **Planufer**: Benannt wurde das Ufer am 6. November 1849. Der Name leitet sich von „Wiesenplan“ ab, ein alter Name für das umliegende Gebiet.
- Die **Admiralbrücke**: Benannt nach Prinz Heinrich Wilhelm Adalbert von Preußen (1811–1873). Prinz Adalbert war Admiral der preußischen Marine, während des Deutsch-Dänischen Krieges 1864 befehligte er das Ostseegeschwader.

Ausgewählt wurden diese vor allem, weil sie sich in unmittelbarer Nähe der Synagoge Fraenkelufer, an der auch Regina Jonas wirkte, befinden. Für die Kohlfurter Straße würde zudem sprechen, dass sie direkt an das Gelände der Synagoge Fraenkelufer angrenzt und bei dem geplanten Erweiterungsbau für Kita und Gemeindehaus als Regina-Jonas-Straße direkten Bezug herstellen würde.

Dazu kommt als vierter Vorschlag: das Paul-Lincke-Ufer. Dessen Namensgeber ist der Komponist Paul Lincke (1866–1946), der „Vater“ der Berliner Operette. 1956 wurde das Kottbusser Ufer anlässlich Linckes

90. Geburtstags nach ihm, dem Schöpfer der „Berliner Luft“ benannt. Ob diese Ehrung heute noch angemessen ist, darüber wird schon länger diskutiert.

Profiteur der Macht

Wenn etwas lange gelehnet oder verschwiegen wurde: Paul Lincke



Rabbinerin Regina Jonas
Foto: Historische Aufnahme

war von Anfang an Mitglied und Vorstand der Kameradschaft der Deutschen Künstler e. V., die 1933 von Joseph Goebbels gegründet wurde. Ebenfalls ab 1933 war er im Ehrenvorstand des Neuen Deutschen Bühnen- und Filmklubs, ab 1936 Ehrenpräsident des Berufsstandes der Deutschen Komponisten. 1933 komponierte er u. a. den Marsch „Unsere braunen Jungens“, der dann zum Repertoire der SS-Leibstandarte Adolf Hitler gehörte. Dem folgten weitere Kompositionen mit ähnlichen Titeln. Gleichzeitig verbanden ihn persönliche, teilweise sehr enge Kontakte zu verschiedenen prominenten Nationalsozialisten. Zu seinem 75. Geburtstag am 7. November 1941 wurde er von Goebbels im Auftrag Adolf Hitlers mit der „höchsten Auszeichnung des deutschen Kunstschaf-

fens“ und dem Ehrenbürgerbrief der Reichshauptstadt Berlin geehrt. Auch finanziell zahlte sich seine Nähe zu den nationalsozialistischen Machthabern aus: zwischen 1934 und 1940 verdreifachte sich (ungefähr) sein Einkommen. Sollte es nicht das Paul-Lincke-Ufer sein, dass nach Regina Jonas benannt wird, wird sicher weiter darüber zu diskutieren sein, wie mit dem nach diesem Mitläufer und Profiteur der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft benannten Ufer umzugehen ist.

Eine Pionierin

Regina Jonas (1902–1944) war weltweit die erste Frau, die als Rabbinerin ordiniert wurde. Zunächst durfte sie dennoch zumindest offiziell nur in der Seelsorge tätig sein und Religionsunterricht geben. Trotzdem arbeitete Regina Jonas ab 1938 verstärkt als Rabbinerin. Sie predigte unter anderem in der heutigen Synagoge Fraenkelufer. Zudem setzte sie sich für die Gleichberechtigung der Geschlechter ein und war im „Jüdischen Frauenbund“ aktiv. Unter dem nationalsozialistischen Regime musste sie zunächst ab Anfang 1942 Zwangsarbeit in Lichtenberg ableisten, bevor sie im November desselben Jahres gemeinsam mit ihrer Mutter nach Theresienstadt deportiert wurde. Selbst dort leistete sie seelsorgliche Arbeit für ihre Mitgefangenen. Im Oktober 1944 wurde sie nach Auschwitz-Birkenau deportiert und dort ermordet. Zunächst weitgehend vergessen, ist Regina Jonas heute Vorbild und Inspiration für viele Frauen, die sich für Geschlechtergerechtigkeit in geistlichen Ämtern einsetzen und

Werner Heck,
Bezirksverordneter
und Vorsteher der
Bezirksverordnetenversammlung

Aus der Krise hilft nur Grün

Die aktuellen Krisen haben auf viele Menschen weltweit erhebliche Auswirkungen und natürlich auch auf uns in Berlin. Krieg und Flucht, Inflation und Energieknappheit, Pandemie und Klimawandel – das sind allesamt Herausforderungen, die eine Stadt kaum alleine bewältigen kann.

Mit drei sogenannten Entlastungspaketen und der Gas- und Strompreisbremse versucht die Bundesregierung, die Folgen des russischen Angriffskrieges abzufedern. Und dennoch sind all diese Maßnahmen weder hinreichend noch so zielgerichtet, um allen Betroffenen gerecht zu werden.

Im Senat und in der rot-grün-roten Koalition waren wir uns daher schnell einig, dass auch auf Landesebene Handlungsbedarf besteht, wenn Berlin mit seiner spezifischen Sozial- und Wirtschaftsstruktur gut über den Winter und durch die Krise kommen soll. Im Rekord-Tempo wurde in der Senatverwaltung für Finanzen ein Nachtragshaushalt konzipiert, der vom Parlament noch im November 2022 beschlossen wurde. Das Berliner Entlastungspaket hat ein Volumen von rund 3 Milliarden Euro und trifft umfassende finanzielle Vorsorge: für die gezielte Unterstützung von privaten Haushalten und Betrieben, für den Ausgleich der Energie-Mehrkosten bei der öffentlichen Infrastruktur und freien Trägerlandschaft,

sowie für verschiedene Maßnahmen, mit der wir die urbane Wärmewende beschleunigen und die Energieversorgung in der Stadt sichern können.

Gerechte Verteilung der Lasten

Als Grüne haben wir uns immer gegen Hilfen nach dem „Gießkannen-Prinzip“ ausgesprochen, denn die sind nicht nur maximal ungerecht sondern auch besonders teuer. Im Nachtragshaushalt ist für die Berliner Hilfen deshalb ein dreifaches Nachrangigkeitsprinzip festgeschrieben: Eine geldwerte Unterstützung in der Energiekrise setzt voraus, dass erstens keine passende Hilfe des Bundes zur Verfügung steht, zweitens die Betroffenen auch selbst Energie eingespart haben und sie drittens im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einen Eigenanteil tragen. Das gilt für Bürgerinnen und Bürger genauso wie für die öffentliche Verwaltung, gemeinnützige Vereine oder private

Unternehmen. Von den drei Milliarden Euro entfällt knapp eine Milliarde auf Berlins Anteil an den Maßnahmen des Bundes. Denn auch dessen Entlastungspakete werden zu einem erheblichen Teil von den Ländern und Kommunen mitfinanziert.

Vorsorge für die Zukunft

Gleichzeitig trifft Berlin mit diesem Nachtrag Vorsorge für zukünftige Belastungen und Haushaltsrisiken. Was zählt, ist Verlässlichkeit in ungewissen Zeiten. Gerade in der Krise braucht es einen handlungsfähigen Staat, der sich auch in finanzieller Hinsicht seine Handlungsfähigkeit erhält. Denn genauso wenig wie die Pandemie wird auch die Energiekrise nach dem Winter nicht einfach „vorbei“ sein. Wenn man den Prognosen Glauben schenken darf, steht Deutschland am Beginn einer Rezession verbunden mit anhaltender Inflation mit dauerhaft höheren Energiepreisen.

Daher war es richtig, dass Berlin bereits mit der Aufstellung des regulären Haushaltsplans für die Jahre 2022 und 2023 eine Energiekostenrücklage in Höhe von 380 Mio. Euro gebildet hat. Diese Vorsorge hat der Senat nun gezielt aufgestockt und durch weitere Maßnahmen ergänzt:

- rund 500 Millionen Euro für vergünstigte Tickets im öffentlichen Nahverkehr
- 250 Millionen Euro für die Unterstützung von Privathaushalten. Dazu gehören die Erhöhung und Ausweitung des Wohngeldes und die Einrichtung eines Härtefallfonds für Privathaushalte, die durch sonstige Hilferaster fallen. Hinzu kommen Energiekosten-Zuschüsse an Zuwendungsempfänger des Landes sowie für kleine und mittlere Unternehmen.
- rund 200 Millionen Euro für die Förderung von Solaranlagen

und der energetischen Sanierung

- 180 Millionen Euro für die zusätzlichen Energiekosten der öffentlichen Gebäude

Außerdem werden 20 Millionen Euro bereitgestellt, um die Digitalisierung der Verwaltung zu forcieren und die Hilfen zu administrieren. Denn echte Entlastung funktioniert nur, wenn die dafür vorgesehenen Mittel auch bei den Betroffenen ankommen. Letzteres betrifft zum Beispiel die Erweiterung des Berechtigtenkreises beim Wohngeld ab dem 1. Januar, die zu einem deutlich höheren Antragsaufkommen führen wird. Wir greifen daher den Bezirksämtern mit zusätzlichem Personal unter die Arme und unterstützen sie dabei, ihre vielen freien Stellen schnellstmöglich zu besetzen.

Daniel Wesener,
Senator für Finanzen

Einmal Handheben: 38 Mrd. Euro



Werner Graf

Foto: Vincent Villwock

Große Halle, ein roter Teppich geht links und rechts die monumentalen Stufen hinauf, eine Wandelhalle, die gleich auf den ersten Blick etwas her macht. Und wenn man eintritt, wird man mit Namen begrüßt, man ist ja nun Abgeordneter. Das Personal kennt einen natürlich.

Ich hatte schon viele Büros für die Grünen beziehen dürfen, in der Bundesgeschäftsstelle, im Igelbau (Geschäftsstelle der Grünen Xhain), in der Landesgeschäftsstelle – und so sahen sie auch alle aus! Nicht falsch verstehen, sie sahen gut aus, so alternativ, so unpräzise, so grün. Das hier ist etwas anderes. Das hier jagt Respekt ein.

Fünf Jahre durfte ich Landesvorsitzender sein und die Berliner Grünen am Ende erfolgreich in ihre zweite Regierungsbeteiligung führen. Seit 1997 bin ich an den verschiedensten Stellen für unsere Partei tätig gewesen. Nun zum allerersten mal sitze ich in einem Parlament. Ein ganz neuer Abschnitt im Leben beginnt: Und ich kann euch sagen, nicht nur meine Eltern sind vor Stolz fast geplatzt. Nicht nur, dass ich nun Gesetze verabschieden, im Plenum reden und in den Ausschüssen streiten darf. Nein, es wird sogar im Protokoll notiert, wenn ich bei AfD-Reden im Plenum reinrufe oder pöble.

Wie groß und weitreichend die Aufgabe ist, wurde mir mit dem Doppelhaushalt für Berlin klar, der sofort als erstes anstand. Doch zu Beginn stand Basic-Wissen an: Wie liest man so einen Haushalt? Wie viel Geld ist genug? Was ist der Unterschied zwischen unter- und überjährig? Wie verankere ich es so im Haushalt, dass die Verwaltungen am Ende auch das tun, was wir Grüne wollen? Ein Glück, dass es viele erfahrene Häs*innen gab, die mir dabei halfen, denn inzwischen hatte die Fraktion mich zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Ich durfte unsere Fraktion also auch in den Schlussrunden des Haushaltes vertreten und es ist für mich heute noch unglaublich, dass nun Sachen Wirklichkeit werden, die ich dort mit reingeschrieben habe. Sei es die Errichtung eines Berliner Rufbus-systems oder ein Fonds über 30 Mio. Euro zur Entseelung von Flächen in den Bezirken. Als Landesvorsitzender initiierte ich einst den Antrag „Grün statt Grau“ – nun durfte ich ihn in Haushaltsmittel gießen. Ganz am Ende durfte ich den gesamten Haushalt im Parlament beschließen. Einmal Handheben: 38 Mrd. Euro. So teuer war einmal Winken noch nie!

Als Fraktionsvorsitzender arbeite ich sowohl mit der Partei als auch unseren beiden Koalitionspartnerinnen

und den Senatsmitgliedern sehr eng zusammen. Die Zusammenarbeit im Grünen-Kosmos ist mir ja seit langen bekannt, mit anderen Parteien war es in dieser Intensität neu für mich.

Doch auch Gremien kommen nicht zu kurz: Arbeitskreise, die Referaterunden, Ausschüsse für Sport und Mobilität. Vieles dort war zu Beginn für mich neu; umso besser ist es doch, dass ich auf diesem Wege auch Projekte der Koalition von einer ersten Idee über den Referent*innentwurf, die fraktionsinternen Debatten, die 1. Lesung im Hohen Haus, die Debatte in den Ausschüssen bis hin zum Beschluss durch die Koalitionsfraktionen im Plenum nicht nur begleiten, sondern oft auch maßgeblich mit beeinflussen kann. Ein erfolgreiches Beispiel ist der Nachtragshaushalt, mit dem wir das 29-Euro-Ticket, den Härtefallfonds und mehr Investitionen in Erneuerbare eingeführt haben.

Ein Jahr im Parlament und ich hab noch so viel vor! Berlin muss klimaneutral und gerechter werden. Dafür kämpfen wir in den nächsten Wochen und ich nach dem 12.2.2023 dann hoffentlich weiter für euch im Parlament.

Werner Graf,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Nicht von oben herab

Straßen(um)Benennungen sind Ergebnisse öffentlicher und oftmals langer Diskussionsprozesse

Als Kommunalpolitiker*innen wurde uns gesetzlich die Möglichkeit gegeben, den öffentlichen Raum und das Stadtbild zu ändern. Dies kann durch Bebauungspläne, Einrichtung von Fahrradwegen oder -straßen, Parklets, Entsiegelungen oder aber auch durch die Neu- oder Umbenennung von Straßen und Plätzen geschehen.

Der Bezirk benennt Straßen und Plätze um oder gibt ihnen erstmalig einen Namen. Im letzten Jahr waren es der Maria-von-Maltzan-Platz, Biologin, Tierärztin und NS-Widerstandskämpferin und der Rio-Reiser-Platz (siehe Stachel 71). In Kürze kommen die Inge-Meysele-Straße, SchauspielerIn, „Mutter der Nation“, Audre-Lorde-Straße, Dichterin und Aktivistin und Regine-Jonas-Straße, erste ordinierte Rabbinderin, hinzu. Nicht nur, weil etwa die Anwohner*innen direkt betroffen sind, werden Benennungen oder Umbenennungen nicht von oben herab entschieden. Sondern sie sind bei uns Ergebnisse öffentlicher und oftmals langer Diskussionsprozesse zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Historiker*innen oder anderen Fachleuten, etwa aus der bezirklichen Gedenktafelkommission oder dem Bezirksmuseum.

Seit einigen Jahren gibt es in Berlin verstärkt Diskussionen um Straßenumbenennungen, weil durch Straßenumbenennungen gewürdigte Personen nach heutigem Verständnis dieser Ehrung nicht würdig sind. Eine der bekannteren Diskussionen um das koloniale Erbe fand mit der vor Kurzem erfolgten Umbenennung im Weddinger Afrikanischen Viertel ihren Abschluss.

Verändertes Bewusstsein

Auch in Friedrichshain-Kreuzberg gibt es Straßen und Plätze, die eine Diskussion über den Hintergrund der Benennung nötig machen. Auf Antrag der bündnisgrünen Fraktion beschloss das Bezirksparlament im August 2021: „Das Bezirksamt wird aufgefordert, einen Diskurs- und Beteiligungsprozess zu initiieren, der sich

mit kolonialem, militärischem, nationalsozialistischem und rassistischem Erbe aus der deutschen Geschichte, welches sich in Straßennamen niederschlägt, auseinandersetzt.“ (Drucksache/1154/V)

Als Teil der bezirklichen Auseinandersetzung organisierte im September 2022 das FHXB Museum Friedrichshain-Kreuzberg zusammen mit dem Aktiven Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. ein Symposium namens „Straßen-Raum-Erbe“. Im Verlauf der Diskussion und Vorstellung zeigte sich, dass es immer noch Spuren des Kolonialismus und Rassismus auch in unserem Bezirk gibt. Einen Überblick für Friedrichshain-Kreuzberg gibt das kürzlich erschienene Buch „Die postkoloniale Stadt lesen. Historische Erkundungen in Friedrichshain-Kreuzberg“ von Natalie Bayer und Mark Terkessidis.

Mehr Frauen, mehr Migrationsgeschichte

Ein Höhepunkt des Diskursprozesses wird der Fachtag zur Entmilitarisierung des öffentlichen Raums im Jahr 2023 sein, in dem namhafte Expert*innen eingebunden sind. Sollten im Rahmen dieser Diskussion Namen von Straßen und Plätzen gefunden werden, die umbenennungswürdig sind, wird als nächster Schritt die Anwohner*innenschaft eingebunden. Am Ende des Prozesses könnte dann eine Umbenennung stehen, die aber eben nicht von oben herab aufoktroiert wird.

Schlussendlich ist unser Ziel nicht nur, das deutlich mehr Frauen im öffentlichen Raum sichtbar werden, auch die Migrationsgeschichte des Bezirkes muss sich stärker widerspiegeln. Es bleibt also viel zu tun. Die Wahrnehmung des öffentlichen Raumes beeinflusst das kollektive Gedächtnis und unser Ziel ist es, marginalisierte Sichtweisen breiter ins Gedächtnis zu rufen.

Karl-Heinz Garcia Bergt,
Bezirksverordneter

Am 29. August 2022 ist Hans-Christian Ströbele im Alter von 83 Jahren in Berlin gestorben. Als erster Grüner wurde er 2002 im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg direkt in den Bundestag gewählt. Der Kreisverband trauert um einen großen Politiker, der die Geschicke unseres Landes über Jahrzehnte maßgeblich geprägt hat und zugleich immer für die Menschen hier vor Ort da war. Einige seiner engsten Mitstreiter*innen der letzten Jahre erinnern an ihn.



Christian Ströbele

Foto: privat

Wer kämpft kann verlieren – Wer nicht kämpft hat schon verloren!

Wann genau ich das erste mal Hans-Christian getroffen oder kennen gelernt habe, weiß ich nicht mehr. Ich weiß, ich war Sprecher der Grünen Jugend auf Bundesebene. Ich weiß, es war in irgendwelchen linken Gruppierungen und ich weiß, dass ich damals sehr ehrfürchtig zu ihm aufsaß. Ein politisches Idol, eine politische Ikone.

Doch wie es so oft ist im Leben mit Idolen und mit Ikonen, wenn man ihnen näher kommt, werden auch sie zu Menschen. Und dennoch blieb Hans-Christian immer etwas Besonderes. Jemand, der mich und der die Partei sehr geprägt hat. Hans-Christian lebte das, was er politisch forderte. Wer ihn an seiner Seite hatte, der wurde unterstützt im Großen aber auch im Kleinen, dort wo es niemand sah. Er prägte uns alle so sehr, weil er durch seine gradlinige und, verzeiht mir, manchmal auch sehr sture Art und Weise gezeigt hat, wie man mit Rückgrat und einem klaren politischen Kompass für seine Ideale kämpfen kann.

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Frieden – das waren dabei immer Werte, die ihn angetrieben haben. Natürlich ist sein Kampf gegen den Afghanistan-Einsatz unvergessen. Aber ich werde auch nie vergessen, dass er nicht nur große Reden auf

dem Parteitag gehalten, sondern das Thema Afghanistan auch immer weiter begleitet hat. Dass er so oft nach Afghanistan gereist ist. Diese Hartnäckigkeit hat mich sehr beeindruckt. Aber er hat auch im Kleinen geholfen, dort wo es keiner sah. Wenn er auf einer Demo einer Rollstuhlfahrerin den Weg frei klingelte.

Ich erinnere mich ganz besonders an einen Bundesparteitag in Rostock. Wir beide brachten einen Antrag gegen den Afghanistan-Krieg ein. Es rüttelte an unseren Grundsätzen, dass die Grünen für den Einsatz im Bundestag stimmen sollten. Es war ein emotionaler Parteitag, bei dem wir schlussendlich mit unserem Antrag unterlagen. Und wir stellten uns die Frage, ob die Grünen wirklich noch unsere politische Heimat sind. Aber nicht Hans-Christian. Er wollte nicht einfach aufgeben. Er wollte weiterkämpfen und wollte, dass auch wir bleiben und mit ihm kämpfen. Noch am selben Tag schrieben wir daher den Aufruf „Wer kämpft kann verlieren“, in dem wir aufforderten, jetzt nicht auszutreten, sondern weiter innerhalb der Grünen für eine friedliche Außen- und Sicherheitspolitik zu kämpfen.

Ich erinnere mich auch an diesen Parteitag, da die Grüne Jugend dort zur offiziellen Teilorganisation der Bundesgrünen wurde. Wir von der Grünen Jugend (ja, es war vor langer Zeit) schenkten dem Bundesvorstand einen Joint. Und der liebe Fritz Kuhn ließ ihn einfach liegen. Dadurch kam die Polizei ins Spiel und erstattete Anzeige gegen mich wegen Verführung Minderjähriger. Kaum lief die Nachricht im Radio – ich selbst hatte es noch gar nicht mitbekommen – rief Hans-Christian an, bot mir seine anwaltliche Hilfe an, half mir sofort mit Rat und Tat, was ich nun tun sollte und was besser nicht.

Ein Parteitag, an dem ich beide Seiten Hans-Christians kennen lernen durfte. Die, des unermüden Kämpfers an vorderster Front für seine Überzeugungen. Und die, des politischen Unterstützers, der seinen Weggefährten half, ohne dafür Anerkennung oder Aufmerksamkeit bekommen zu wollen.

Danke lieber Christian, dass du da warst. Im Großen und im Kleinen. Hartnäckig und mit einem verdammt großen Herzen.

■ Werner Graf

Aus dem Bezirk die großen Fragen im Blick

Ende August ist Hans-Christian Ströbele gestorben. Er fehlt mir und vielen Politiker*innen, Rechtsanwält*innen und Menschen aus seinem Wahlkreis

Ich erinnere mich gerne an unseren gemeinsamen Kampf für geflüchtete Menschen vor acht Jahren in der besetzten Gerhart-Hauptmann-Schule in Kreuzberg, die ein Bleiberecht forderten. Hans-Christian, damals 75 Jahre, kletterte über eine Leiter durch eine Luke aufs Dach, um mit den Protestierenden zu sprechen. Sie halfen ihm hoch, feierten ihn und sprachen lange mit ihm über ihre Forderungen. Wir erreichten, dass sie in der Schule bleiben durften – und erreichten damit in der Flüchtlingspolitik bundesweit Veränderungen in der Asylgesetzgebung.

Das war überhaupt seine Rolle: aus dem Bezirk heraus die großen Fragen der Bundespolitik zu verhandeln. Damit stellte er sich oft auch gegen die Partei. Innerhalb der Partei vertrat er stets integer seine Werte: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Antidiskriminierung und Friedenspolitik. Letzteres vertrat er auch in Regierungszeiten, sogar gegen den eigenen grünen Außenminister. Mit dem Wahlslogan „Ströbele wählen, heißt Fischer quälen!“ konnte er das bundesweit erste Direktmandat der Grünen für den Deutschen Bundestag gewinnen.

Bevor er 2017 meine Kandidatur für den Deutschen Bundestag unterstützte, mit der ich seine Nachfolge als Direktkandidatin im Wahlkreis 83 antrat, hatte er mich stundenlang auf einer Parteiversammlung der Grünen zu meinen politischen Positionen befragt. Diese Befragung hatte etwas von einem Dritten Staatsexamen, jedenfalls hatte ich das Gefühl, dass ich eine große Prüfung bestanden habe.

Mich bewegt heute noch, welche Hoffnung und Kraft Hans-Christian Ströbele ausgestrahlt hat. Er hat es verstanden, Gerechtigkeit, Aufrichtigkeit und Hartnäckigkeit auf eine Art zu verbinden, die viele Veränderungen unserer Gesellschaft ermöglicht hat.

Eines hat mich besonders mit Hans-Christian Ströbele verbunden und das will ich fortsetzen: In der Innen- und

Rechtspolitik Gerechtigkeit mitzudenken. Es ist ungerecht, dass Menschen, die seit Generationen in Deutschland leben, an Wahlen nicht beteiligt werden, nur weil sie keinen deutschen Pass haben. Es ist ungerecht, dass die Polizei nach Hautfarbe kontrolliert. Und es ist ungerecht, wenn unsere Daten verkauft werden. Und es ist ungerecht, wenn die Lebensgrundlagen künftiger Generationen zerstört werden. Dagegen hat Hans-Christian Ströbele als Innen- und Rechtspolitiker gekämpft und damit einen Dienst am Rechtsstaat geleistet.

Er hatte die Vision von einem Europa, das Menschenrechte höher wertet als wirtschaftliche Interessen. Daher hat er sich für eine Europäische Staatsanwaltschaft eingesetzt, die über Grenzen hinweg Korruption bekämpft. Letztes Jahr hat diese Europäische Staatsanwaltschaft ihre Arbeit tatsächlich aufgenommen.

Zuletzt hat ihn der Krieg in der Ukraine sehr beschäftigt. Es hat sein Weltbild erschüttert und er konnte nicht verwinden, dass eine grüne Außenministerin mehr über Waffenlieferungen redet als über Friedensverhandlungen. Als seine Nachfolgerin bin ich angetreten, um das Thema Abrüstung und Frieden in der Grünen Fraktion im Deutschen Bundestag voranzubringen. Dabei hat Hans-Christian Ströbele mich sehr unterstützt. Regelmäßig haben wir uns getroffen und über außenpolitische Themen ausgetauscht. Oft hat gerade seine Perspektive auf die letzten 50 Jahre deutscher Außenpolitik dazu geführt, dass ich die Bundeswehrmandate im Deutschen Bundestag infrage gestellt habe, weil sie mehr Fragen aufwarfen als Antworten gaben. Nie hörte er auf, für seine Überzeugungen zu streiten. Man hätte ihn für unsterblich halten können.

■ Canan Bayram



Kiezparade

Foto: privat



Christian Ströbele bei der Demo #freiheitstagg mit Wolfgang Wieland und anderen

Foto: Katrin Schmidberger

Christian Ströbele – ein Kämpfer für Gerechtigkeit

Sagen, was ist. Das war eines von Christians Mottos. Kaum ein anderer hat ohne hohes Amt solche öffentlichen Debatten angestoßen und Dinge konkret verändert, wie er: sei es beim Kosovo-Krieg, sei es seine Forderung, mit den Taliban in Afghanistan zu verhandeln oder Angela Merkel zu verdeutlichen, dass sie von den USA überwacht wird. Er hat unzählige Kurzinterventionen und unzählige Anfragen im Parlament gestellt und vieles aufgeklärt, was die Bundesregierung jahrelang verheimlicht oder abgestritten hatte. Dabei war ihm völlig egal, ob er aus der Opposition heraus die Regierung kontrollierte, wie beispielsweise damals, als er Helmut Kohl der Lüge überführte hinsichtlich des Schwarzgeldkoffers vom Waffenhändler Schreiber, oder als er selbst zu einer Regierungsfraktion gehörte: Er hatte als erster Parlamentarier aufgedeckt und dann öffentlich kritisiert, dass geheime Spezialkräfte der Bundeswehr den USA bei Drohnenangriffen in Afghanistan und Pakistan halfen, um gezielt Personen zu töten. Selbst im hohen Alter hatte Christian Ströbele Snowden in Moskau besucht und die Aufklärung der NSA-Affäre maßgeblich angestoßen.

Sein politischer Antrieb war in gewisser Weise sein Lebenselixier. Er bekam immer ganz leuchtende Augen, wenn man mit ihm über aktuelle politische Sachverhalte diskutierte. Oder wenn wir an den Außenbriefkästen im Wahlkreis Bürger*innenbriefe steckten und er Menschen traf und mit ihnen ins Gespräch kam. Oder wenn er auf einer Demo mal wieder schlichten konnte zwischen Polizei und Demonstrierenden, zum Beispiel bei Squat Tempelhof oder bei einer Hausbesetzung in Kreuzberg, oder auf einer Anti-Nazi-Demo in Friedrichshain. Einerseits war Christian inhaltlich klar und hielt an seinen Grundüberzeugungen fest, kam da was wollte. Aber andererseits war er absolut pragmatisch, im positiven Sinne, er wollte konkret und direkt

etwas für Menschen erreichen und ihnen nicht nur große politische Lösungen präsentieren. Er war nicht nur ein großer Denker, er war auch ein Macher.

Er hat vorgelebt, welche besondere Verantwortung man als direkt gewählter Abgeordneter für seinen Wahlkreis hat: Mit genau der gleichen Verve, wie er für seine Überzeugungen gekämpft hat, hat er sich um die Menschen vor Ort im Kiez gekümmert. Er war nicht nur ihr Vertreter im Bundestag, er war auch ihr Anwalt und sogar manchmal ihr Sozialarbeiter. Für jedes Problem, das die Menschen im Alltag bewegt, hat er versucht, Lösungen oder Kompromisse zu finden – sei es der Strafzettel für Fahrradschieben ohne Licht oder die rutschige Treppe auf dem Weg zu den Mülltonnen, sei es eine Straße, die stinkt, weil die Wasserbetriebe lange nicht die Kanalisation gespült haben oder die quietschende U1 am Lausitzer Platz. Er war unentwegt im Wahlkreis unterwegs und direkt ansprechbar.

Meistens war er mit dem Rad unterwegs. Wenn man mit ihm zusammen unterwegs war, brauchte man für einen Kilometer schon mal eine Stunde. Ständig musste man stehen bleiben, weil Passant*innen und Wähler*innen ihn ansprachen und sich Christian fast immer die Zeit genommen hat, dann auch ausführlich zu antworten oder ein Selfie mit sich machen zu lassen. Kaum war er in der Öffentlichkeit, waren immer ganz schnell viele Menschen und zwar in ganz Berlin, wenn nicht sogar in der ganzen Republik, Feuer und Flamme, wenn sie ihm begegneten. Zum Einen war es ihm immer ein bisschen unangenehm, er war manchmal fast schüchtern im persönlichen Umgang, oder ein bisschen peinlich berührt, wenn es zu viele Zuneigungsbekennnisse gab. Doch andererseits merkte man auch: er war eine Rampensau. Und welcher Politiker kann schon von sich sagen „ich habe die Charts erobert“? Auf der Hanfparade 2002



Katrin Schmidberger und Christian Ströbele im Sirena Hotel in Kabul 2011

Foto: Katrin Schmidberger

hat Christian mit größter Leidenschaft gefordert – „Gebt das Hanf frei!“. So hatte er zusammen mit Stefan Raab seinen ersten Top-10-Hit (Platz 4 in den Charts) und wir eine Menge Spaß mit lustiger Fanpost – besonders von jungen Menschen. Doch dabei hatte er nie ein persönliches Interesse an der Freigabe von Cannabis. Es ging ihm schlicht darum, die Ungerechtigkeiten, die mit einem Verbot verbunden sind, abzustellen.

Im Bundestag hatte er es nicht leicht, vor allem mit den eigenen Leuten. Egal ob zu den Kriegseinsätzen, zur inneren Sicherheit, der „Griechenlandrettung“ oder den Hartz-Gesetzen. Viel zu oft ist ihm die Bundestagsfraktion nicht gefolgt in seinen Positi-

onen. Aber statt zu leiden, destruktiv zu werden oder sich zurück zu ziehen, wie es ja einige Kolleg*innen machten, hat sich Christian Ströbele immer lautstark in den Fraktionssitzungen zu Wort gemeldet und hat versucht, den Kurs der Fraktion mit der Kraft des besseren Arguments zu beeinflussen. Er hat seine Inhalte nie der Strategie geopfert oder sich nach Umfragewerten ausgerichtet. Er ist sich und seinen Überzeugungen immer treu geblieben und hat seine Vision für eine gerechte Welt immer verfolgt – egal wie groß die Widerstände waren.

Dafür hat er mit unglaublicher Disziplin und Fleiß gearbeitet. Manchmal schien es mir schon fast gesundheitsgefährdend, wie viel er geackert

hat. An einigen Tagen hatte ich das Gefühl, ich bin abends aus dem Büro gegangen und morgens war er immer noch da. Sogar als er an einer schweren Krebserkrankung litt, war Christian Ströbele dennoch jeden Tag im Bundestag bzw. verpasste keine einzige Bundestagsitzung. Christian Ströbele wird fehlen – nicht nur in der Politik. Mit seinem Politikstil und seinem Anspruch an ein Mandat und bzw. an seine Aufgabe als Volksvertreter hat er Maßstäbe gesetzt. Es ist unsere Verpflichtung, die Politik in seinem Sinne weiter zu führen.

■ Katrin Schmidberger

„So schön wird's nie wieder!“

Man fragt sich, was es noch über Christian zu sagen gibt, das nicht schon längst niedergeschrieben wurde. Als ehemaliger Wahlkreismitarbeiter möchte ich etwas über einige Prinzipien erzählen, nach denen Christian Ströbele gehandelt hat.

Höflichkeit und Respekt

Christian Ströbele hatte das, was man früher eine „gute Kinderstube“ nannte. Gegenüber jedem Menschen war er freundlich und respektvoll. Er, der „Alt-68er“, trug mir in unserer ersten Besprechung auf, genau zu prüfen, wie man den Berliner Landesbischof korrekt anschreibe. Man solle seine Gesprächspartner nicht schon mit der falschen Anrede verärgern, wenn es auch inhaltliches gebe, über das man sich miteinander auseinandersetzen wolle. Hart in der Sache, aber immer freundlich und respektvoll. Christian Ströbele war ein Gentleman (bis auf seinen Kleidungsstil) und wurde als solcher auch von Gegnern geschätzt.

Christian wollte sich möglichst persönlich ein Bild machen. Stets wurde ich beauftragt, Originaldokumente zu recherchieren, vor Ort zu gehen, den Keller oder die Heizungsanlage selbst zu besichtigen. Wenn er nicht die Zeit fand, sich die Dinge selbst anzusehen, wurde ich beauftragt Fotos zu machen, um ihm die Lage anschaulich zu erklären. Christian hasste kaum etwas mehr, als auf schlechter Informationsgrundlage Falsches zu behaupten.

Beim 1. Mai war er darum immer mittendrin. Bei Demonstrationen zählte er selbst die Teilnehmer, weil Veranstalter immer zu hohe und die

Polizei immer zu niedrige Angaben machen. Und als es hieß, beim G20-Gipfel in Hamburg herrsche quasi Bürgerkrieg, rief er mich um 23 Uhr an und meinte: „Da müssen wir morgen früh hin. Das muss ich mir selbst ansehen. Kannst Du noch Zugtickets und Räder organisieren?“

Christian Ströbele lehnte Polit-sprech ab und suchte vor allem Problemlösungen. Wenn sich einmal ein Konjunktiv in einen Text geschlichen hatte, strich er ihn und meinte, „Wir schreiben in einfachen Sätzen auf, was wir sicher wissen, wo wir es gefunden haben und was wir zu tun gedenken. Und das tun wir dann.“ Grundsätzlich räumte er kritisierten Gegenüber eine vernünftige Frist ein, innerhalb derer sie sich zum Vorhalt rückäußern oder den Misstand abstellen konnten. Und wenn sie das taten, hat Christian das häufig nicht öffentlich verwertet. So haben viele seiner Erfolge im Wahlkreis im Stillen stattgefunden.

Und weil mehr oder weniger jede*r im politischen Betrieb wusste, dass er meist sehr gut informiert war und man eine faire Chance erwarten durfte, wurde sein Name fast überall respektiert. Wenn man etwa beim Auswärtigen Amt anrief und sich als „Ströbele-Mitarbeiter“ vorstellte, veränderte sich meist sofort die Gesprächsatmosphäre. Die allermeisten wussten: „Ohje, da ist vermutlich was dran.“

Mit dieser Reputation konnten wir uns z.B. während des Syrienkrieges an höchster Stelle Gehör verschaffen und Geflüchtete mit besonders schweren Schicksalen aus bombardierten Kellern oder türkischen Massenlagern holen. Aber auch der in Kreuzberg berühmte „Filou-Gewerbemietvertrag“ kam



© Gerhard Seyfried

nicht zuletzt deshalb zustande, weil die britischen Spekulanten, denen das Haus in der Reichenberger gehörte, sich erkundigt hatten, wer „dieser Ströbele“ sei. Alle hätten ihnen gesagt, „Geht da mal hin, der Mann ist fair.“

Die gute Laune nicht verlieren

Christian war alles andere als verbissen. Er war unendlich beharrlich, aber das immer mit humorvoller Leichtigkeit, die es ihm nach meinem Empfinden ermöglichte, nie den Mut zu verlieren. Scheitern gehörte eben dazu. Das war nur ein vorübergehender Zustand, der den nächsten Anlauf auslöste. Selbst die Cannabislegalisierung wird am Ende kommen. Christian war sicher und er wird, wie so oft, recht behalten.

Diese Grundhaltung aus Höflichkeit, Gründlichkeit, Fairness und gut gelaunter Beharrlichkeit hat er auch uns Mitarbeitern vorgelebt. Als wir am Ende der 17. Legislaturperiode „unser“ Büro aufgelöst haben, hat eine meiner wunderbaren Kolleginnen aus tiefstem Herzen festgestellt: „So schön wird's nie wieder.“

Nun liegt Christian auf dem Kreuzberger Friedhof begraben, über dessen Erhalt als verwildertes Vogelbiotop wir uns mit dem korrekt angesprochenen Berliner Landesbischof lange gestritten hatten.

Er wird nicht nur als politische Ikone, als versierter Anwalt, als historische Figur fehlen, sondern – aktueller denn je – auch als ein großes Vorbild für einen humanen, fairen Umgang miteinander.

■ Andreas Weeger

Die bündnisgrüne BVV-Fraktion in Xhain

2021 sind wir erneut zur stärksten Fraktion im Bezirksparlament (oder Bezirksverordnetenversammlung; kurz: BVV) in Xhain gewählt worden. Damit sind wir sogar die größte BVV-Fraktion Berlins. Unsere 22 Abgeordnete sitzen für euch in den Fachausschüssen, stellen dem Bezirksamt Fragen, schreiben Anträge und stehen mit euch in Kontakt, um gemeinsam daran zu arbeiten, diesen Bezirk noch grüner, sozialer und klimagerechter zu gestalten. Hier findet ihr eine Übersicht, wer von uns in welchen Ausschüssen arbeitet. Meldet euch gerne jederzeit bei uns, wenn ihr Fragen oder Anliegen habt.

Fraktionsvorstand | Der Fraktionsvorstand organisiert die Fraktionsarbeit und vertritt die Fraktion nach außen. Ihr erreicht ihn unter fravo@gruene-xhain.de



Sarah Jermutus | Sprecherin
sarah.jermutus@gruene-xhain.de
PHIRW + VBDFM



Pascal Striebel | Sprecher
pascal.striebel@gruene-xhain.de
VerO + UGK + PBGO



Olja Koterewa | Beisitzerin
olja.koterewa@gruene-xhain.de
Schule (Vorsitz) + JHA



Silvia Rothmund | Beisitzerin
silvia.rothmund@gruene-xhain.de
DivAn (Vorsitz) + PaMi + StaWo



Vito Dabisch | Beisitzer
vito.dabisch@gruene-xhain.de
JHA (Vorsitz) + Schule

Bezirksverordnete



Alex Neubert
alexandra.neubert@gruene-xhain.de
UGK (Vorsitz) + VerO + KuBi



Anika Wiest
anika.wiest@gruene-xhain.de
StaWo + SAG



Britta Kallmann
britta.kallmann@gruene-xhain.de
UGK + VBDFM



Claudia Schulte
claudia.schulte@gruene-xhain.de
DivAn (stellv. Vorsitz) + PaMi
(stellv. Vorsitz) + SAG



Dominik (Joe) Pross
dominik.pross@gruene-xhain.de
PBGO (stellv. Vorsitz) + Sport + SAG



Florian Fleischmann
florian.fleischmann@gruene-xhain.de
Schul + VerO



Hülya K. Kilic
huelya.k.kilic@gruene-xhain.de
PaMi + DivAn + JHA + KuBi



Julie Richier
julie.richier@gruene-xhain.de
UGK + PHIRW



Jutta Schmidt-Stanojevic
jutta.schmidt-stanojevic@gruene-xhain.de
Sport (stellv. Vorsitz) + Schule



Karl-Heinz Garcia Bergt
karl-heinz.garcia_bergt@gruene-xhain.de
PHIRW (stellv. Vorsitz) + KuBi + Sport



Magnus Heise
magnus.heise@gruene-xhain.de
SAG (Vorsitz) + PBGO



Maria Haberer
maria.haberer@gruene-xhain.de
StaWo (stellv. Vorsitz) + VBDFM



Murat Cinar
murat.cinar@gruene-xhain.de
VBDFM (Vorsitz) + PHIRW



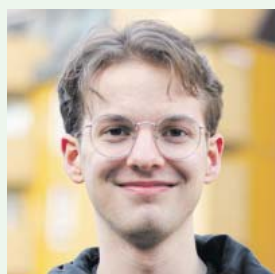
Murat Yücel
murat.yuecel@gruene-xhain.de
PHIRW + Sport



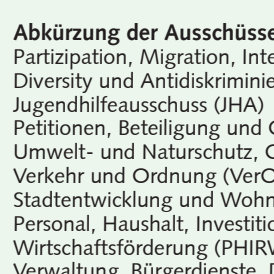
Taina Gärtner
taina.gaertner@gruene-xhain.de
DivAn + PaMi + PBGO + JHA



Werner Heck | BVV-Vorsteher
werner.heck@gruene-xhain.de
KuBi + StaWo



Yannick Brugger
yannick.brugger@gruene-xhain.de
VerO + StaWo



Abkürzung der Ausschüsse
Partizipation, Migration, Integration (PaMi)
Diversity und Antidiskriminierung (DivAn)
Jugendhilfeausschuss (JHA)
Petitionen, Beteiligung und Geschäftsordnung (PBGO)
Umwelt- und Naturschutz, Grünflächen und Klimaschutz (UGK)
Verkehr und Ordnung (VerO)
Stadtentwicklung und Wohnen (StaWo)
Personal, Haushalt, Investitionen, Rechnungsprüfung und Wirtschaftsförderung (PHIRW)
Verwaltung, Bürgerdienste, Digitalisierung und Facility Management (VBDFM)
Kultur und Bildung (KuBi)
Schule, Sport
Soziales, Arbeit und Gesundheit (SAG)

BVV-Vorstand: Als größte Fraktion stellen wir mit Werner Heck den Vorsteher der BVV. Er leitet die Sitzungen des Bezirksparlaments und vertritt die BVV. Außerdem unterstützen Hülya Kilic und Taina Gärtner als weitere Mitglieder den fünfköpfigen Vorstand.

Presseanfragen an die Fraktion können an presse@gruene-xhain.de gestellt werden.

Bei Fragen, Anregungen oder Kritik: Meldet euch bei uns. Denn gemeinsam sind wir besser.

www.gruene-xhain.de



Grünes Büro

Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de

Fon: +49 30 614 31 46

Kreisgeschäftsführerin: Tinka Schmidt

Bürozeiten:

Di: 15:00-18:00 Uhr, Do: 12:00-15:00 Uhr

Geschäftsführender Ausschuss

Monika Herrmann, Philip Hiersemenzel,
Sebastian Kitzig, Jenny Laube,
Dorothee Marquardt, Alina Zimmermann

Treffen der Bezirksgruppe

Die grüne Basis trifft sich jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19:00 Uhr. B. a. W. digital. Für Details, siehe www.gruene-xhain.de/termine

Fraktion im Bezirksparlament

Yorckstraße 4-11 – 10965 Berlin
fraktion@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de/bvv_fraktion

Fon: +49 30 90 298 25 90

Fraktionsassistentin: Iris Burkhardt

Bürozeiten:

Mo: 11:00-16:00 Uhr, Mi: 9:00-18:00 Uhr

Fraktionsvorstand:

Sarah Jermutus, Olja Koterewa,
Silvia Rothmund, Claudia Schulte,
Pascal Striebel

Büro Grüne Jugend Berlin

Dirschauer Straße 13 – 10245 Berlin
info@gruene-jugend-berlin.de
www.gruene-jugend-berlin.de

Fon: +49 30 66 76 30 00

Treffen: Mo 19 Uhr

Unsere Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses

Niederkirchnerstraße 5 – 10111 Berlin
E-Mail: Vorname.Nachname@gruene-fraktion.berlin
Fon: +49 30 2325 2401

Turgut Altuğ, direkt gewählt |

Fon: +49 30 2325 2430

Marianne Burkert-Eulitz, direkt gewählt |

Fon: +49 30 2325 2408

Werner Graf | Fon: +49 30 2325 2437

Antje Kapek | Fon: +49 30 2325 2401

Katrin Schmidberger, direkt gewählt |

Fon: +49 30 2325 2474

Julian Schwarze, direkt gewählt |

Fon: +49 30 2325 2444

Wahlkreisbüros

Marianne Burkert-Eulitz und

Antje Kapek | Dein grünes Büro

Wrangelstraße 92 - 10997 Berlin

Fon: +49 30 5210 1794

Dr. Turgut Altuğ, Katrin Schmidberger

und Dr. Stefan Taschner

Großbeerenstraße 16 - 10963 Berlin

Fon: +49 30 2362 9300

Vasili Franco und Julian Schwarze

Kreutzigerstraße 8, 10247 Berlin

(ab Juni 2022)

Unsere Vertretung im Bundestag

Canan Bayram

Direkt gewählt im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauerberg Ost

www.bayram-gruene.de

Parlamentsbüro:

Platz der Republik 1 – 11011 Berlin

canan.bayram@bundestag.de

Fon: +49 30 2277 8144

Wahlkreisbüro:

canan.bayram.wk@bundestag.de

Kreuzberg:

Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin

Fon: +49 30 6165 6961

Friedrichshain:

Schreinerstraße 6 – 10247 Berlin

Fon: +49 30 46 79 35 30